

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate

(1 1/2 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 5. August. Seine Majestät der König sind nach
Muskau gereist.

Berlin, 7. August. Se. Majestät der König haben Allerhöchste Ge-
rucht: Dem Kaiserlich Französischen Gesandten zu Berlin, Fürsten de la
Tour d'Auvergne das Großkreuz des Nordens Adlerordens, dem Kaiser-
lich Französischen bevollmächtigten Minister de Clercq den Rothern Adler-
orden erster Klasse und dem, dem Kaiserlich Französischen Ministerium der
auswärtigen Angelegenheiten attachierten Wilhelm de Clermont den
Königlichen Kronenorden vierter Klasse zu verleihen; die von der Akademie
der Wissenschaften in Berlin getroffenen Wahlen des Fürsten Balthasar
Boncampagni in Rom und des Staatsministers außer Dienst Dr.
von Bethmann-Hollweg zu Ehrenmitgliedern der Akademie zu bestätig-
en; den Land-Dechanten und Pfarrer Brocklage zu Warendorf zum
Ehrenbürger an der Kathedrale zu Münster zu ernennen; den Kreis-
gerichtsdirektor Schwede in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu
Gießen zu versetzen; den Regierungshauptkassier-Oberbuchhalter Piller
zu Magdeburg und Loch zu Frankfurt den Charakter als Rechnungsrath;
so wie den Charakter als Rechnungsrath den Regierungssekretären Reuter
zu Gumbinnen, Bendorf zu Danzig, Meyer zu Straßburg, Bergner
zu Magdeburg, Ulich zu Koblenz, von Weidof zu Köln und Lütz zu
Machen, so wie den Charakter als Kanzleirath den Regierungssekretären
Kehmer zu Königsberg und von Warendorf zu Arnberg zu verleihen;
und die Wahl des Rittergutsbesizers, Rittmeisters außer Dienst von
Eisenhart-Rothe auf Krosow zum Direktor des Treptowischen Landwirthschafts-
Departements-Kollegiums für die Dauer von 6 Jahren zu bestätigen; end-
lich dem Premierlieutenant a. D. Freiherrn von Grimmenstein zu
Gräbel im Kreise Volkenhain, die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen
Johanniter-Ordens zu ertheilen.

Die zweiten Vorstands-Beamtenden der Bank-Kommission zu Magdeburg und
Stettin, Bank-Buchhalter Neumann und Bank-Kassirer Boese, so wie
die ersten Vorstands-Beamtenden der Bank-Kommission zu Memel und Glo-
gan, Bank-Buchhalter Roth und Bank-Kassirer Müller, sind zu Bank-
Kommissionen, die zweiten Vorstands-Beamtenden, Bank-Buchhalter Hoff-
mann bei der Bank-Kommission zu Tilsit, Simon bei der Bank-Kom-
mission zu Memel, Stein bei der Bank-Kommission zu Glogau und
Mörmel bei der Bank-Kommission zu Nordhausen sind zu Bank-Kassirern
ernannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Kassel, Mittwoch 6. August Abends. Dem Ver-
nehmen nach ist der Vorstand des Ministeriums des Innern,
v. Stiernberg, entlassen. Mit dem Staatsrath Scheffer wer-
den wegen Eintritts in dasselbe Unterhandlungen gepflogen.

London, Mittwoch 6. August Vormitt. Mit dem
„City of New York“ eingetroffene Nachrichten aus New York
vom 26. v. M. melden, daß die secessionistischen Mitglieder
der Municipalität von Baltimore ihre Entlassung einge-
richtet haben.

Der offizielle Bericht giebt den Verlust der Unionisten
in der Schlacht bei Richmond auf 16,000 an.

Paris, Mittwoch 6. August. Die Abend-Journale
melden, daß Thouvenel heute Abend zurückkehren werde.—
Der Kaiser und die Kaiserin werden das diplomatische Korps
am 13. empfangen.—Einem Gerüchte zufolge würde der
Kaiser nach Köln gehen, woselbst mehrere Souveräne zu-
sammentreffen würden.

Turin, Mittwoch 6. August Nachmitt. Nach hier
eingetroffenen Nachrichten aus Palermo hofft man noch
immer auf eine friedliche Lösung. Verbreitete Gerüchte,
daß Garibaldi erklärt habe, er werde die Diktatur überneh-
men, entbehren der Begründung. Palermo ist vollständig
ruhig. Einige Deputirte von der Linken sind mit versöhn-
lichem Geist nach Sicilien abgereist.

Die Stimmung der polnischen Presse

gegenüber den von der russischen Regierung verheißenen und theilweise
durchgeführten Reformen im Königreich Polen ist eine so erbitterte, als
ob bis jetzt noch nicht das Geringste für das Land geschehen wäre, ja ein-
zelne Organe halten das, was die Regierung nach ihrem neuen Pro-
gramm gethan hat, sogar für eine Gefahr, weil sich die beabsichtigten Re-
formen auf das sogenannte Kongreß-Königreich beschränken sollen, wäh-
rend man polnischer Seits auch die alten Provinzen Litthauen und Wol-
hynien in den Bereich der nationalen Reorganisation gebracht
wissen will. Wo die Polen den Anspruch auf so ausgedehnte Reformen
herleiten, wissen wir nicht, da sie dafür doch offenbar nicht die Wiener
Verträge anrufen können, auf deren Boden sie sich neuerdings gestellt
haben; denn die Wiener Verträge beschäftigen sich mit den alten Pro-
vinzen nicht, genug sie erheben diesen Anspruch und werden jede ihnen
von der russischen Regierung gemachte Konzession zurückweisen, wenn
sie eine partielle ist. Der „Ezas“ ist der Wortführer der Partei, welche
der Partikularreform entgegenstrebt, und die Sprache derselben ist eine
so entschiedene und trostige, daß wir schließlich doch wieder einem vollstän-
digen Bruch mit der Regierung entgegen sehen dürfen, von der wir ein
so weites Entgegenkommen, daß sie halb russifizierte eroberte Provinzen
einer nationalpolnischen Reorganisation unterwerfen sollte, nicht erwar-
ten können.

Der „Ezas“ sagt: „die russische Regierung beabsichtigt die einer
polnischen Provinz gewährten oder vielmehr angekündigten Reformen
durch Errichtung einer Grenzlinie zwischen dieser Provinz und den andern
polnischen Ländern abzuschließen und nach diesem Akt Europa zuzurufen:
Seht, Polen besitzt nun die nationale Autonomie. Gehen
wir näher auf diese Tendenz und die Folgen dieses Akts, dieser Aufstü-

rung einer neuen Grenze zwischen den polnischen Provinzen ein, so müssen
wir sagen: Seht da, eine neue Theilung Polens und jede Be-
hauptung Lügen strafen, die darauf hinginge, daß durch solche Reorgani-
sation, durch solche neue Theilung polnischer Provinzen dem Lande
eine nationale Reorganisation gewährt worden sei; im Gegentheil wir
finden in der Beschränkung Polens auf das „Kongreß-Königreich“ viel-
mehr eine vollständige Verneinung der nationalen Autonomie
auch für das Letztere, indem es von den alten Provinzen losgerissen wer-
den soll.“

„Die bisher verheißenen Reformen für das Kongreß-Königreich
als Stadt-, Kreis- und Gubernial-Räthe, Staatsrath, Reform des Un-
terrichts, Gleichberechtigung der Juden, Ablösung der bäuerlichen Lasten
— diese, wenngleich nur einen kleinen Theil der Rechte und Bedürfnisse
der Nation betreffenden Reformen, würde die Bevölkerung des König-
reichs gern ausgeführt sehen. Aber die Fortdauer des Kriegszustandes
und des alten bürokratischen Systems gestattet diese Ausführung nicht
und macht, daß die publicirten Verordnungen ein bloßes Versprechen, ein
todter Buchstabe bleiben.“

„Wir haben schon wiederholt die zwei Bedingungen angegeben, bei
deren Erfüllung die Reformen im Kongreß-Königreich ehrlich und für
die Dauer ausgeführt werden können; diese Bedingungen sind:
1. Aenderung des bürokratischen Regierungssystems;
2. Verkündigung und Durchführung der Reformen auch
in den alten ehemals polnischen Provinzen, und zwar sol-
cher Reformen, wie sie dem Rechte der polnischen Nationa-
lität entsprechen.“

Eine Grenze gezogen zwischen dem Königreich und den Provinzen
Litthauen und Wolhynien widerspricht ganz und gar dieser zweiten Be-
dingung, indem die Folgerung klar ist, daß wenn die nationale Reorganisation
dem Königreich als Ausnahme zugestanden wird, die beiden anderen Pro-
vinzen mit Podolien und der Ukraine von derselben nicht berührt werden
sollen. Es ist auch fraglich, ob der Kaiser von Rußland überhaupt in
seinen Reformen wieder auf das Jahr 1815 zurückgehen und eine Ver-
fassung, sowie eine polnische Armee bewilligen wird. Ohne Zweifel würde
er dies aber noch eher, als die Reorganisation auf die alten Provinzen
ausdehnen.

„Im Jahre 1815 — fährt der „Ezas“ fort — war die Verfassung
und das nationale Heer im Königreich noch eine Bürgschaft für die
nationale Autonomie wenigstens in diesem Landestheile und sie hat sechs-
zehn Jahre hindurch der russischen Regierung einen Damm entgegen ge-
setzt, welche auch damals schon darauf ausging, die polnische Nationalität
in den „eroberten Provinzen“ zu vernichten. Heute fehlt jede Garantie.
Um dieselbe zu erlangen müssen: entweder die Rechte der polni-
schen Nation in allen Provinzen durch Herstellung natio-
naler Autonomie — oder durch Ertheilung einer Consti-
tution und Errichtung eines nationalen Heeres für das
Kongreß-Königreich gesichert werden.“

„Die Abgränzung der Letzteren von den anderen Provinzen würde
nicht nur dem Ganzen materiellen Schaden bringen, indem durch
Aufhebung oder Beschränkung der Handelsverbindungen Polen aller der
Vorteile verlustig werden würde, welche seit 1850 seinen Wohlstand ge-
fördert haben, sondern auch den moralischen Schaden, den der
ewige Argwohn, daß es in den alten Provinzen nun um so sicherer um
die nationale Existenz geschehen sei, mit sich bringen würde. Würde
Rußland die Trennung durchführen, dann könnte es dabei keinen andern
Plan haben, als den, Europa durch einige Zugeständnisse im Königreich
zu beruhigen, dessen Aufmerksamkeit dadurch von Polen abzuwenden und
in den alten Provinzen nach freier Willkür zu schalten.“

Die Ansprüche der Polen, wie sie sich hiernach kundgeben, sind so
weit gehende, daß der Kaiser von Rußland gar nicht in dieselben willigen
kann, ohne sein halbes Reich in selbstständige Provinzen aufzulösen.
Wenn neben dem Königreich Polen auch noch Litthauen, Wolhynien,
Podolien und die Ukraine eine besondere Verwaltung erhielten, so würde
das zu österreichischen Zuständen führen — und es ist gar nicht ersichtlich,
wie das Königreich, das zunächst für sich zu sorgen hat, dazu berechtigt
ist, auch jene Provinzen zu bevormunden und sein Schicksal so innig mit
dem ihrigen zu verbinden, da das Interesse der Nationalität gar nicht
dazu treibt. Denn der Nationalität nach stehen diese Provinzen dem
Kaiserreich eben so nahe wie dem Königreich, das einige Jahrhunderte lang
allerdings mit ihnen verbunden war, aber doch niemals eine nationale
Einheit mit ihnen ausmachte.

Wenn darauf hingewirkt wird, daß zwischen dem Kongreß-König-
reich und den eroberten Provinzen die Zollgrenze falle und das ganze
russische Reich ein Zollgebiet bilde, so liegt das in der Willigkeit, und die
russische Regierung scheint hierin auch nachgiebig zu sein, aber daß sie ein
neues Polen mit 15—20 Millionen Seelen aufrichten werde, ist ein
chimärischer Traum.

Deutschland.

Preußen. 2. Berlin, 6. August. [v. Bismarck-Schön-
hausen; Provinzialstände; Vertretung Hamburger Kauf-
leute in Mexiko; Serbien.] Nach Äußerungen in sonst gut unter-
richteten Kreisen zu schließen, würden die mehrfach in der Presse circu-
lirten Gerüchte über Verhandlungen mit unserem Gesandten in Paris,
Herrn von Bismarck-Schönhausen, wegen Übernahme des Postens eines
Ministerpräsidenten thatsächlicher Begründung wohl nicht entbehren.
Ueber den dermaligen Stand der gedachten Verhandlungen und das vor-
ausichtliche Resultat derselben scheint übrigens Zuverlässiges zur Zeit
noch nicht vorzuliegen. — Ein hiesiges Blatt glaubt aus dem Umstande,
daß die Regierung im Laufe dieses Jahres noch die Provinzialstände ein-
zuberufen beabsichtigt, schließen zu können, daß es sich dabei um Vorlage
einer Kreisordnung an die erwähnten Stände handle. Aus guter Quelle
können wir indeß mittheilen, daß es sich bei jener Berufung hauptsäch-

lich um diejenige Mitwirkung der Provinzialstände bei der Grundsteuer-
regulirungs-Angelegenheit handelt, welche ihnen durch die betreffende Ge-
setzgebung vorbehalten sind. Außer diesem Akte ihrer Thätigkeit werden
den gedachten Ständen nur Vorlagen rein provinzieller Natur, nicht aber
solche die allgemeinen Landesinteressen betreffende, namentlich keine auf
eine zu emanirende Kreisordnung bezügliche gemacht werden. — Die Be-
hauptung der „Hamburger Nachrichten“, daß die Hamburger Kaufmanns-
schaft sich an die hiesige Regierung mit der Bitte gewandt habe, die in
Mexiko und namentlich in Vera-Cruz ansässigen Hamburger Geschäfts-
leute unter den Schutz des dortigen preussischen Generalkonsuls zu stellen,
daß aber diese Bitte resultatlos geblieben sei, beruht auf einer irrthüm-
lichen Auffassung der thatsächlichen Verhältnisse. Richtig ist es, daß jene
Bitte gestellt worden ist, eben so gewiß aber auch, daß die diesseitige Re-
gierung dieselbe zu erfüllen auf das Bereitwilligste zusagte. Es wurden
in Folge dessen auch dem preussischen Generalkonsul in Vera-Cruz, Hrn.
v. Wagner, die erforderlichen Weisungen zugesendet und derselbe angewie-
sen, den Schutz der dortigen Hamburger Geschäftsinhaber zu übernehmen,
wenn dieselben dies wünschen würden und der hanseatische Konsul damit
einverstanden sein sollte. Dieser letztere erklärte indeß, daß in Folge
einer früheren Vereinbarung der Konsul der nordamerikanischen Union
es übernommen habe, in subsidium die in Vera-Cruz ansässigen hanse-
atischen Kaufleute unter den Schutz der Union zu stellen. Eine in Vera-
Cruz veröffentlichte Kundmachung des amerikanischen Konsuls erklärte
zum Ueberfluß, daß er den Schutz der gedachten Nationalen übernommen
habe. Dieser Schutz erwies sich nachmals allerdings als ein sehr pro-
blematischer, indem der amerikanische Konsul bei an ihn von hanseati-
schen Kaufleuten gerichteten Reklamationen erklärte: „er sei von seiner
Regierung angewiesen, Angesichts der schwierigen Lage, in der sie sich ohn-
hin befinde, Alles zu vermeiden, was der mexikanischen Regierung Ver-
legenheiten bereiten könnte.“ Es bildet dieser Sachverhalt übrigens einen
charakteristischen Beitrag dafür, wie Preußen bei aller Bereitwilligkeit,
deutscher Interessen sich anzunehmen, selbst von denjenigen Seiten darin
gehemmt wird, die den deutschen Beruf Preußens und ihre eigene deutsche
Gesinnung am eifrigsten zu betonen pflegen. — In der bekanntlich am
27. v. M. in Konstantinopel abgehaltenen europäischen Konferenz wegen
den Angelegenheiten Serbiens legte der österreichische Gesandte zunächst
Verwahrung gegen den Titel des italienischen Geschäftsträgers Greppi
als Geschäftsträger des Königs von Italien ein; Greppi seinerseits ver-
wahrte sich gegen diese Reservation zu Protokoll. Bei den darauf folgen-
den ziemlich lebhaften Debatten sah sich Frankreich veranlaßt, seinen im
Anfang starr festgehaltenen Standpunkt zu Gunsten der serbischen Na-
tionalität fallen zu lassen und sich den von England und Preußen ver-
tretenen Anschauungen anzuschließen. In Folge dessen einigte man sich
über solche Maßregeln, die geeignet erschienen, einer Wiederkehr der Kon-
flikte zwischen der mohamedanischen und christlichen Bevölkerung vorzu-
beugen. Zu dem Ende wurde festgestellt, daß die türkische Besatzung zu
Belgrad sich auf den Festungsraum in Zukunft beschränken und ihre bis-
herigen Posten außerhalb desselben, namentlich in den Vorstädten und an
den Thoren, einziehen sollte. Dagegen wurde die Forderung Serbiens
abgelehnt, die türkischen Garnisonen aus den Festungen des Fürstenthums
zurückzuziehen.

[Der russische General Graf Lüders], welcher sich
hier selbst seit einiger Zeit in der Behandlung des Geheimen Rathes Pro-
fessor Dr. Langenbeck befindet, ist schon soweit wieder hergestellt, daß er
bald eine Babereise anzutreten gedenkt.

C. S. Arolsen, 3. August. [Die Vereidigung des Kon-
tingents] hat am 26. v. Mts. durch den Gen.-Lieut. v. Wisingerode
stattgefunden. Außer einem Offizier und den Ärzten haben sich sämt-
liche Offiziere und Militärbeamte für den Uebertritt in preussische Dienste
erklärt.

Danzig, 5. August. [Von der Marine.] Das „D. D.“
schreibt: Dem Vernehmen nach wird sich der Lieutenant zur See
1. Klasse Haffenstein in den nächsten Tagen nach England begeben, um
die Aufsicht über die Takelung und Ausrüstung der dort von unserer
Regierung angekauften Schiffe zu übernehmen. — Der Ablauf der
Ranonenboote „Basilisk“ und „Blitz“ a 80 Pferdekraft wird vorbereitet
und, falls nicht besondere Hindernisse eintreten, zum 15. d. Mts. das
erste, und 8 Tage später das letztere vom Stapel gelassen werden. —
Für die heute in Dienst gestellte Fregatte „Gefion“ sind designirt: als
Kommandant: der nur vor einigen Tagen beförderte Korvettenkapitän
Klatt; als erster Offizier: der Lieutenant zur See 1. Klasse Arndt.
Der Jubel der Schiffsjungen, welche an Bord der „Gefion“ kommen,
ist groß, weil sie froh sind, das Kasernenschiff „Barbarossa“ zu ver-
lassen und die offene See und andere Gegenden kennen zu lernen. Da
die Besatzung der Fregatte „Gefion“ aus den disponiblen Mann-
schaften der königlichen Matrosen- und Schiffsjungen divisionen nicht
kompletirt werden kann, so sollen, wie wir vernehmen, 50 befähigte
Matrosen durch Feuer engagirt werden und dieselben in den Vohn von
Marineoldaten 1. Klasse treten. Die „Gefion“ soll Station im Mittel-
ländischen Meere nehmen, da den dortigen Deutschen aus der Stationi-
rung des von dort zurückgekehrten Dampfschiffs „Coreley“ besondere Vor-
theile erwachsen sind und der Gesandte in Konstantinopel die Wünsche
seiner Schutzbefohlenen dringend zur Berücksichtigung empfohlen hat.

Stargard, 3. August. [Konflikt mit der Regierung.]
Dem Bericht der „Starg. Ztg.“ über die letzte Stadtverordnetenver-
sammlung entnehmen wir Folgendes: Das Bureau des Abgeordnetenver-
samlung benachrichtigt die Stadtverordneten, daß die Beschlüsse über die
gesetzwidrig angeordnete Gehaltssteigerung des Oberbürgermeisters Del-
sa der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen ist. Es wird be-
schlossen, gegen die fernere Auszahlung dieser Gehaltszulage, die bei Auf-
stellung des neuen Etats bereits beanstandet ist, erneuerten Protest ein-
zulegen, den Magistrat zu ersuchen, die Zahlung der gesetzwidrig erteil-
ten Zulage bis zur Entscheidung über den neuen Etat zu suspendiren
und für alle Fälle die Rückforderung der von jetzt ab gezahlten Raten

vorzubehalten. Die Versammlung hofft, daß der Magistrat, nach jetziger Lage der Sache, wieder wie früher den Ansichten der Stadtverordneten sich anschließen und das als gesetzlich ungerechtfertigt erklärte Verfahren der k. k. Regierung zu Stettin und das der Stadt zugelegte schreiende Unrecht gemeinsam mit den Stadtverordneten bekämpfen werde. Sollte bei Bestätigung des Etats für die nächsten 3 Jahre die Regierung auf Einträgen des Postens von 300 Thlrn. dennoch bestehen, will die Versammlung nur dem Zwange weichen, unter Vorbehalt der Rückforderung, da eine gesetzmäßig erfolgte Entscheidung der Verwaltungsbehörde kein Recht begründen kann.

Oesterreich. Wien, 4. August. [Sprachenstreit in Ungarn.] Die verschiedenen Jurisdiktionen Ungarns bedienen sich in ihren amtlichen Zuschriften an Aemter und Behörden in den deutsch-slavischen Provinzen der Monarchie ausschließlich der ungarischen Sprache; tragen indeß auch den in deutscher Sprache ihnen zukommenden Zuschriften aus den deutsch-slavischen Ländern Rechnung. Die Behörden der letzteren dagegen schicken die in ungarischer Sprache verfaßten Zuschriften entweder zurück, oder lassen sie unerledigt liegen. Daher hat, wie der „P. A.“ meldet, die Statthalterei den Jurisdiktionen einen Erlaß zugefendet, welcher anordnet, daß Zuschriften an Behörden in den deutsch-slavischen Provinzen im Wege des Präsidiums ausnahmsweise in deutscher Sprache zu verfaßt sind. Jene Jurisdiktionen, welche nicht in der Lage sind, derlei Schriftstücke in deutscher Sprache abfassen zu können, haben die ungarische Zuschrift an den hohen Statthaltereirath zu leiten, welcher die Uebersetzung besorgen wird. Der Pester Stadtmagistrat hat darauf beschloffen, nur in den dringendsten Fällen sich im Wege des Präsidiums der deutschen Sprache zu bedienen, bei allen anderen Gelegenheiten aber die in der gesetzmäßigen Landessprache verfaßten Zuschriften an Behörden und Aemter der deutsch-slavischen Provinzen dem Statthaltereirathe zur weiteren Verfügung zu unterbreiten.

Pesth, 1. August. [Strike der Stadtrabanten.] Heute erlebten wir einen Strike unserer Stadtrabanten, von welchen etwa 200 dem Magistrat die weitere Dienstleistung kündigt. Anlaß hierzu gab die vom Statthaltereirathe verfügte Reducirung der Gehälter und Befolgungen der städtischen Beamten und Diener. Durch diese Maßregel erleiden auch die Stadtrabanten einen Abzug von jährlichen 50 Fl., bei einer Befoldung von 300 Fl., wovon sie 36 Fl. für die Bequartierung bezahlen müssen. Man ist neugierig auf den Ausgang dieser Krisis, die bereits auf der Oberfläche des Tagesgesprächs als ein „Epocha machendes Ereigniß“ schwimmt. (Dtd. Post.)

Pesth, 6. August. [Telegr.] Das Antwortschreiben des Hofkanzlers an den Obergespan Grafen Haller, spricht die Meinung aus, daß der sicherste Weg zum Ausgleich der gegenseitigen Interessen die Wiederherstellung der konstitutionellen und municipalen Vertretung sei. Damit dies gelänge, müßten die Vorbedingungen erfüllt sein, welche die Ausübung der municipalen Rechte innerhalb der durch das Gesetz und die gesellschaftliche Ordnung festgestellten Grenzen sichern. Der Zeitpunkt sei noch nicht gekommen, weil diese Bedingungen noch nicht erfüllt worden. Der Hofkanzler bittet den Obergespan, bei seinen Freunden nach dieser Richtung hin zu wirken, er werde durch seine Vermittlung beim Kaiser zur Förderung dieses Zieles beitragen und er sei überzeugt, daß der erhoffte Erfolg nicht lange ausbleiben werde.

Frankfurt a. M., 3. August. [Die italienische Frage am Bunde; Schleswig-Holstein.] Oesterreich und die Würzburger Regierungen haben die Absicht, die italienische Frage am Bunde zu erörtern. Wenigstens schweben darüber gegenwärtig Unterhandlungen. Die Veranlassung hierzu hat die Courtoisie des Berliner Kabinetts geboten, welches sowohl in Wien als auch bei den Bundesregierungen die preussische Anerkennung des Titels: „König von Italien“ notificirte. Bei dieser Gelegenheit sind bereits sehr bittere Bemerkungen von verschiedenen Ministern gefallen, und vom Grafen Rechberg ist an den Grafen Karolvi in Berlin eine Depesche abgegangen, welche sich nach den hier circulirenden Angaben in den schärfsten Ausdrücken bewegen und preussischer Seite ebenso beantwortet sein soll. Die Rücksicht, daß von Preußen die Anerkennung erst ausgesprochen wurde, nachdem von dem Turiner Kabinet Zusicherungen in Betreff Venedigs und Roms gegeben waren, hat in Wien nicht die mindeste Beachtung gefunden. Die Behandlung der italienischen Frage am Bunde bezweckt hauptsächlich die Unterstützung der anti-preussischen Agitation in Süddeutschland. Man glaubt hier, daß der preussische Ge-

sandte in Turin von der Verpflichtung einer Vertretung der österreichischen Unterthanen in Italien entbunden werden wird, da man in Wien ja doch auf diesen guten Dienst des Bundesgenossen kein Gewicht mehr zu legen scheint. Was die Behandlung der italienischen Frage durch die Mittelstaaten betrifft, so mag es namentlich Bayern erwünscht sein, am Bunde europäische Politik treiben zu können, aber der preussische Gesandte wird wohl jede Einmischung des Bundes in die Politik seiner Regierung gebührend zurückweisen. Abgesehen davon würde aber die italienische Debatte in Frankfurt doch der Gewinn haben, daß die Stellung der Regierungen zur Frage klar hervortritt und es würde sich zeigen, daß wider Vermuthen eine größere Zahl derselben in dieser Sache auf preussischer Seite steht. — Eine andere wichtige Thatsache ist die veränderte Stellung des Wiener Kabinetts in der schleswig-holsteinischen Frage. Graf Rechberg steht im Begriff, sich aus derselben auf den rein europäischen Standpunkt zurückzuziehen und die Absicht der anderen Großmächte, die genannte Angelegenheit durch eine europäische Konferenz zu schlichten, zu unterstützen. Die nächste Folge würde dann wiederum sein, daß Preußen sein Mandat zur Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bundestage zurückgibt. (Sp. 3.)

Sachsen. Bad Soden, 3. August. [Die Königin von Neapel.] kam gestern Abend mit Gefolge hier an. Heute Morgen machten der Herzog und die Herzogin, von Königsheim kommend, der Königin ihre Aufwartung. (Rh. K.)

Frankreich.

Paris, 4. August. [Die Vorgänge in Italien, Maßregelung der auswärtigen Presse.] Die Proklamation Garibaldi's, des Königs und die Erklärungen Ratazzi's haben bedeutende Sensation in Paris erregt. Man ist hier jetzt in großer Spannung, was Garibaldi, jedenfalls im Augenblicke der populärste Mann in Italien, thun wird. In hiesigen officiellen Kreisen hegt man die Hoffnung, daß Garibaldi plötzlich ankündigt wird, das Ziel seiner Expedition sei Griechenland oder die Türkei. Doch darf man hierauf nicht zu sehr rechnen, da bereits bewaffnete Schaaaren an die römische Grenze gezogen sind. In Corleone entwaflneten die Freiwilligen die Nationalgarde und brachten die Waffen in den Wald von Ficuzzi, von wo aus Garibaldi seine letzte Proklamation datirt hat. Mehrere amerikanische Schiffe mit Waffen kreuzen in den sicilischen Gewässern und warten auf den günstigen Augenblick, um ihre Ladung auszufahren. Unter diesen Umständen wird es Garibaldi schwer werden, einen ehrenvollen Rückzug zu nehmen, nachdem man ihm von Turin aus gedroht und auch bereits eine Barke mit Bewaffneten beim Gargano durch einen königlichen Dampfer in Grund bohren ließ. Falls Ratazzi gegen Garibaldi persönlich einschreiten sollte, ist jedoch Alles zu befürchten. Die Gemüther in Italien sind in äußerster Aufregung, in allen Hauptstädten halten sich die Anhänger Garibaldi's, abgesehen von den Mazzinisten, zum Vorschlagen bereit für den Fall, daß die Regierung an Garibaldi Hand lege, und wenn man den Briefen wohlunterrichteter Männer Glauben schenken darf, so wird Italien sofort in Feuer und Flammen stehen. Man tadelt hier mit Recht, daß Ratazzi den König interveniren ließ. Er hätte sich, so meint man, nicht hinter denselben verstecken und die Möglichkeit herbeiführen sollen, daß der König mit Ratazzi durch Dick und Dünn gehen muß. — Zum ersten Male seit acht Tagen tauchte heute die „Römisches Zeitung“ wieder in Paris auf. Die letzte Nummer, die erschienen war, trug das Datum: Montag, 28. Juli, und der neue Anführer, der uns von der Existenz derselben wieder ein Zeichen gab, trug das Datum: Montag, 4. August. So lange, selbst nicht in den wildesten Zeiten, hatten wir das „rheinische Blatt“, wie man in Wien sagt, noch nicht entbehrt. Man fragt sich allgemein, was während der letzten acht Tage der interimistische Minister des Innern in der „Römisches Zeitung“ fand, was das Publikum nicht finden sollte. Merkwürdig anzuschauen war in den Cafés und Lesalibnetten das römische Zeitungs-hungrige Publikum. Wild stürzte man sich über sie her und las sie von Anfang bis zu Ende. Es war, als wolle man die Ursache ihrer langen Abwesenheit entdecken. (K. 3.)

[Tagessnotizen.] Daß die beiden Kompagnien des 99. Regiments, welche in der Nacht vom 13. zum 14. Juni auf dem Berge Borrego bei Orizaba die Mexikaner so glänzend zurückgeschlagen haben, besonders ausgezeichnet werden würden, ließ sich erwarten. Heute meldet der „Moniteur“, daß der Kapitän Detrie zum Bataillons-Führer befördert, und Kapitän Leclerc, Lieutenant Crussier, Unter-Lieutenant Sombret nebst fünf Sergeanten und einem Korporal zu Ritttern der Ehrenle-

gion ernannt und außerdem noch 24 Militärmedaillen an verschiedene Mannschaften verliehen worden sind. — Der Dampf-Koloss „Echo“, welcher am 16. Juni von Singapore abgegangen und am 23. Point de Galle (auf Ceylon) angelangt war, um Hrn. Lavassiere mit dem anamitischen Friedensvertrage an Bord zu nehmen, scheint im Nothen Meere Schiffbruch gelitten zu haben. Noch fehlen alle weiteren Nachrichten über ihn. — Man versichert, sagt das „Pays“, daß eine Reserve-Flotten-Division, welche bestimmt ist, im Ocean zu bleiben, in der Bildung begriffen ist. Diese Division wird Brest zum Haupthafen haben.

Italien.

Turin, 2. August. [Adresse Garibaldi's an die Slaven.] Zur Charakteristik der Garibaldischen Pläne dürften nachstehende Worte, die einer von dem früheren Diktator an „sämmliche slavischen Völker“ gerichteten Adresse entnommen sind, nicht unwichtig sein: „Die Stunde der Völker naht; das Schwert der Gerechtigkeit soll entblößt werden, damit jede Nation ihr eigenes Erbtheil erhalte. Es ist Zeit, daß alle Völker sich für den entscheidenden Kampf vorbereiten. Auf daher auch Ihr, vereinigt Euch zu einem Volke, vergeßt Euren Haß, Euren Zwiespalt, die Vorurtheile der Religion und der Rassen! Sammelt Euch in einem einzigen Gedanken der Rache und der Freiheit — und wagt den unüberwindlichen Sturm gegen Eure Unterdrücker. Gebt den lügenhaften Versprechungen der Diplomatie kein Gehör, mißtrauet ihren Kunstgriffen, ihren Intriguen. Sie hat Euch hundertmal verrathen und verkauft — sie wird Euch, wenn ihr es duldet, noch einmal verrathen und verkaufen. . . . Serbien und Montenegro führen mit kühnem Muth den Krieg gegen Despotismus. Es ist Eure Pflicht, ihnen zu Hilfe zu kommen. . . . Die Sache der Freiheit ist nur eine, wer immer der Feind ist, der sie bekämpft, welche immer die Farbe der Fahne ist, unter welcher sich die Armeen schaaren. . . . Ich biete Euch im Namen Italiens brüderliche Freundschaft und Hilfe. Vereint wollen wir den Despotismus bekämpfen, vereint wollen wir die anderen Slavenvölker befreien und wenn der Hochmuth gebrochen und der barbarische Ottomane in seine Wüsten zurückgetrieben ist, wird das Adriatische Meer an beiden Ufern von freien Völkern bewohnt sein, welche würdig sind, sich zu verstehen und zu lieben.“

Turin, 3. August. [Die Proklamation des Königs.] durch den Telegraphen bereits im Auszuge bekannt, lautet wörtlich wie folgt: „Italiener! In dem Augenblicke, wo Europa der Weisheit der Nation seine Achtung zollt und ihre Rechte anerkennt, ist es schmerzhaft für mein Herz zu sehen, daß junge Leute ohne Erfahrung, in Verirrungen verstrickt und der unserem besten Bundesgenossen schuldigen Dankbarkeit uneingedenk, aus dem Namen Rom, Gegenstand aller unserer Wünsche und gemeinsamen Bestrebungen, ein Signal zum Kriege machen wollten. Treu der Verfassung, die ich beschworen, habe ich die Fahne Italiens hoch emporgehalten, von Blut geheiligt und durch die Tapferkeit meiner Völker wieder berühmt gemacht; derjenige aber folgt dieser Fahne nicht, welcher die Gesetze verletzt und die Sicherheit und Freiheit des Vaterlandes dadurch gefährdet, daß er sich zum Richter über seine Geschicke aufstellt. Italiener! Bewahrt Euch vor jener strafbaren Ungebild, vor jenen unvorsichtigen Agitationen. Wenn die Stunde der Erfüllung des großen Unternehmens da ist, wird euer König den Aufruf an euch ergehen lassen. Jeder andere Aufruf ist ein Aufruf zur Empörung und zum Bürgerkriege. Die Verantwortlichkeit für die Strengung des Gesetzes wird auf diejenigen zurückfallen, die meinem Worte nicht hören werden. Ich kenne meine Pflichten als ein vom Volk erwählter König. Ich werde die Würde der Krone und des Parlaments unversehrt zu wahren wissen, um das Recht zu haben, von ganz Europa zu verlangen, daß Italien volle Gerechtigkeit zu Theil werde.“

[Tagessnotizen.] Der Proceß, den Ratazzi jetzt allen Turiner Blättern macht, welche Garibaldi's palermitanische Rede über die französische Politik gebracht haben, der „Opinione“, dem „Espero“ und der „Gazzetta di Torino“, kam am Sonnabend in Turin zur Verhandlung; der Verteidiger des „Espero“ beantragte die Vernehmung Garibaldi's als Entlastungszeugen und Vertagung der Sache bis zu dessen Erscheinen. Der Gerichtshof stimmte bei und der Proceß hat vorläufig keine Folgen. — Das „Giornale di Napoli“ meldet, daß Tristany sofort an der Grenze mit zahlreichen Banden erschien, als die Franzosen die Grenze verlassen hatten. Nachdem Tristany die ihm gebotene Gelegenheit, sich aus dem römischen zu verstärken, drei Mal vier und zwanzig Stunden benutzen konnte, haben die Franzosen die Grenzpunkte wieder

Theater.

Trotz des bedrohlichen Wetters waren bei der gestrigen Benefizvorstellung für den Regisseur Herrn Hoffmann die ersten Bänke des Parquets vollständig besetzt. Herr Hoffmann durfte sich nicht derselben Günst des Wetters, wie die bisherigen Benefizanten, erfreuen. Vor dem Beginn der Vorstellung durchdraste ein orkanähnlicher Sturm die Straßen, der hin und wieder selbst die Vorstellung dadurch störte, daß er die Leinwandbedachung des Theaters an die Sparren — wie die Segel eines Schiffes an die Masten — schlug. Das Geschick im ersten Akte; während der beiden anderen stürzten, zur Abwechslung, wieder einmal fortgesetzte Regengüsse hernieder, und das Aufplatzen hinderte das Verständnis in bedauerlichem Grade. Auf der sechsten Bank 3. B. waren viele der Darsteller fast gar nicht mehr zu verstehen.

Der Aktienbudeifer ist ein zu alter Bekannter von allen unsern Lesern, als daß wir auf seine Erscheinung noch eingehende kritische Streiflichter fallen lassen. Kalisch hat mit richtigem Gefühl den Aktienbudeifer keine Pöffe, sondern „Bilder aus dem Volksleben“ genannt. Kalisch, der Pöffenreformer, hat auch in dieser Arbeit einer sittlichen Idee den leitenden Gedanken untergeordnet: die Anerkennung der Würde der Arbeit ist der gewissenlosen Spekulation gegenübergestellt und die Scene zwischen Knötsche und Bankier Eisenfeld (2. Akt) kann dem Zuschauer ein Moralkollegium ersparen.

Leider waren die gerade im Aktienbudeifer vorkommenden hübschen Couplets (ausgenommen das erste des Knötsche) fast ganz auf den Wegfalltat gesetzt, und hätten nicht bei dem Feste im Grunwald die Berliner Landpartiesüchtigen zu ihren idyllischen Spielen das schöne Lied gesungen „Vater die Louise hat der Franz gefragt“, der Aktienbudeifer wäre ganz ohne die Würze der neuen Pöffe, ohne Sang und Klang, vorübergegangen.

Alle unsere Bühnenmitglieder gaben sich redlich Mühe ihren Rollen, die freilich meist an und für sich banal sind, gerecht zu werden.

Herr Temmel konnte als Budeifer Knötsche seiner vis comica volle Zügelfreiheit lassen. Herr Hoffmann, der Benefiziant, spielte seine kleine Rolle des Bankier Eisenfeld, den Kaufmann mit der gemessenen Würde und der bewußten Rechtlichkeit, ganz so wie sie gespielt

sein will. Frau Schön als Karoline, Fr. Leonhard als Sidonia und Frau Hartmann als überspannte Malerin und virgo antiqua entledigten sich ihrer kleinen Partien mit Geschick und, wo die Rolle es erheischte, mit Humor. Als recht gelungen möchten wir noch die Charaktermassen bezeichnen, welche Herr Engelhard als Schneider Schweeneberger und Herr Koppert als Tapezier Freitag gewählt hatten.

Als Kuriosum sei schließlich erwähnt, daß die Vorstellung schon zehn Minuten vor neun Uhr beendet war — eine Folge der energischen Herrschaft, die der Rothstift (diesmal aber ausnahmsweise mit Geschick gehandhabt) ausgeübt hatte.

† Schloß Koźmin.

Nach Eduard von Raczyński's Erinnerungen an Groß-Polen. Schloß Koźmin gehörte im 14. Jahrhundert einem Johann Borkowicz — aus dem Hause Kapimonia — Bruder jenes Mathias, Wojwoden von Posen, welchen Kasimir der Große für die verübten Missethaten mit dem Hungertode bestraft. Johann Borkowicz dürfte dieserhalb nach Rache und Reize zu Anwesenheiten gegen den Landesherren an.

Dieses Verbrechen entging der Strafe jedoch in dem Jahrhundert nicht, wo die Könige von Polen die Gewalt belassen, einen jeden Verbrecher, ohne Rücksicht auf seinen Stand und seine Würde, zu bestrafen. Der gefangene Johann Borkowicz verlor seinen Kopf unter dem Beile und seine Güter Gajaz und Koźmin wurden Eigentum der Schatzkammer (Kroner Marijsewicz). — Nicht bekannt ist, wie lange Koźmin Eigentum der Regierung blieb; doch ist gewiß, daß es Ende des 15. Jahrhunderts in den Händen der Górkow'schen Familie war; nachher kam es in Besitz der Weiber, später der Przysięski'schen Familie, und von diesen ging die Stadt in den Besitz der Sapieha über. (Städtisches Archiv.)

Während des Hauskrieges, der nach dem Tode Ludwig's von Ungarn das ganze polnische Reich aufregte, beherischte Sigismund, Markgraf von Brandenburg, Schwiegersohn des Königs Ludwig (Sohn des Kaisers Karl IV.) mit einem ungarischen Heere im Jahre 1382 die Stadt Koźmin. — Einige Monate später belagerte Bartosz aus Chotela, Starost von Adelnau, das Schloß; er wurde jedoch davon zurückgedrängt. (Kroner Marijsewicz.)

Koźmin ist berühmt in der Geschichte der Reformation in Groß-Polen. Andreas Górka, Starost von Meserik, den Protestanten gewogen, veranlaßte und eröffnete hier das Concilium der böhmischen Brüder, welche in der damaligen Zeit viel Verfall fanden. — Der erste Präses dieses war Stanislaus Grzebski, später Professor der Mathematik an der Universität zu Krakau. (Wegierski.) Die polnischen Dissidenten hielten in Koźmin im Jahre

1555 (Strowski; Hist. Koźm. polsk.) die erste General-Synode ab. — Nach dem Erlöschen der Górkow'schen Familie verschwanden sowohl die hiesigen Schulen, als auch die Versammlungen der böhmischen Brüder und mit ihnen auch das Wohl der Stadt. — Die Pfarrkirche in Koźmin verdient besonders die Aufmerksamkeit des Alterthumsforschers. Sie besteht aus drei Theilen, von welchen die Ostseite am ältesten zu sein scheint.

An der Kirchenwand sind die Worte verzeichnet: „aedicatum anno Domini 990“, und an der anderen Seite: „restauratum 1671“.

Es sind freilich diese Inschriften nicht hinreichend, zu beweisen, daß die Kirche in Koźmin ein Werk des X. Jahrhunderts sei, denn dazu sind andere und festere Beweise erforderlich, zumal sehr wenige Kirchenfundationen in Polen vorhanden sind, ausgenommen die Bischofs-Kathedrale, welche die Regierung Boleslaus Chrobry's erreichte. — Die Architektur der Kirche scheint jedoch der letzteren Alter zu beweisen. Bemerkenswert habe ich in den Thurmthürken, daß diese ursprünglich rund resp. halbkreisförmig gewölbt waren, und später in spitze verwandelt worden sind. Diese Umgestaltung des byzantinischen Stils in den gotischen beweist unseres Erachtens nach das Alter des Gebäudes. — Die Kirche in Koźmin enthält beachtenswerthe Begräbnis-Steinmale. Hier wurde im Jahre 1704 Przysięski, Unterkanzler von Kalisch, begraben, von welchem der Geistliche Jezierski, welcher Koźmin 1791 besuchte, folgende in den Kirchenbüchern vorhandene Notizen las: „Es starb unser Herr Beisitzer Przysięski, Unterkanzler von Kalisch, und als man die sterblichen Ueberreste aus dem Schlosse in die Kirche trug, konnte man nicht das Gelächter der Glocken vor dem Weinen der Leute hören.“ — Diese kurzen, einfachen Worte verschaffen dem Verstorbenen mehr Werthschätzung, als die längste Grabrede. In derselben Kirche, der sogenannten Fundations-Kapelle, ruhen die Ueberreste des Alexander Przysięski, Untertruchseß von Kalisch, gestorben im Jahre 1694. Auf dem Grabmale lesen wir neben den schwülstigen langen Inschriften des XVII. Jahrhunderts folgende Verse: „Sowie in dem Köcher der ganze Pfeil sich nicht verdeckt — so ruht, obgleich ganz unterm Grabmarmor — der Untertruchseß in seinem Sarge wie lebendig bleibend. — In ihm leben die frommen Tugenden, leben die Sitten — lebt in ihnen Alexander Przysięski im Körper ganz — im Himmel mit Gott, auf der Erde erwartet Lob die Heiligen.“ — Diese Inschrift giebt zu erkennen, daß der Körper von Alexander Przysięski nicht aufgelöst, sondern jetzt noch erhalten ist. Keine Veränderung ist in dieser Hinsicht bis jetzt hervorgetreten und heute noch sind die Gesichtszüge, und was noch mehr, der Ausdruck des Geistes noch genau zu erkennen. Diese Erscheinung gab vielen Neugierigen Veranlassung, den Leichnam des Alexander Przysięski zu besuchen. Die Einzelheiten dieser Besuche finden wir in den Kirchenbüchern (vom Jahre 1752, das ist 62 Jahre nach dem Tode des Przysięski) in folgendem Inhalte: „Viele, die den Herrn bei Lebzeiten als einen Wohltäter kannten, erinnerten sich auch besonders seines heiligen Gedenkens; er soll namentlich sehr mildthätig gegen die Armen gewesen sein, was

bezeugt. — Die „Opinion Nationale“ bestätigt die zunehmende Aufregung in Süditalien; die jungen Leute ziehen in hellen Haufen von allen Punkten der Halbinsel heran. Auf der anderen Seite wird der Kriegsmünister in Person nach Neapel gehen.

Turin, 5. August. [Telegr.] In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer legte der Finanzminister unter dem Beifall des Hauses das Budget für 1863 vor. Bei der Diskussion Betreffs der neapolitanischen Eisenbahnen ging die Kammer in Folge eines Vorschlages der Kommission in eine Debatte über einen Vergleich der Projekte Bastogi's und Rothschild's ein, welche noch fort dauert. — In Brescia und Florenz haben populäre Kundgebungen stattgefunden; es erscholl der Ruf: Es lebe Viktor Emanuel! Nach dem Kapitol oder Tod! — In Rom explodirte in dem Bureau des „Osservatore Romano“ eine Bombe, ohne daß Jemand verletzt worden wäre. — Nach Berichten aus Neapel sind der Oberst Nullo und 24 Freiwillige daselbst an der Auslieferung verhindert worden. Der Dampfer „Conemont“ ist von Palermo zurückgekommen, wo er, wie zu Neapel, an der Landung von 100 Freiwilligen verhindert worden war. — Nach Berichten aus Palermo sind gestern 8 Bataillone und eine Batterie nach Corleone abgegangen. Man versichert, das 300 Freiwillige die Waffen niedergelegt hätten. Garibaldi soll, sobald ihm die königliche Proklamation bekannt geworden, Ficuzza verlassen haben. — Von der römischen Grenze wird gemeldet, daß ein Bataillon italienischer Truppen von päpstlichen Zuaven unterstützten Briganten begegnet sei. Nachdem letztere geschlagen worden, wurden sie von den italienischen Truppen bis in das Gehölz von Castro auf päpstliches Gebiet verfolgt. Die italienischen Truppen besetzten das okkupirte Terrain. — Nach Berichten aus Neapel hat General Cugia (wie schon gestern telegr. erwähnt) eine Deputation mit der Proklamation des Königs an Garibaldi geschickt. Garibaldi empfing die Deputation in Mitte der Seinen. Er verwarf ihre Bitten und wollte ein Schreiben seines Freundes Medici nicht annehmen. Man versichert, daß er in das Innere des Landes marschiren werde und daß Truppen ihn verfolgen würden. — Nach den neuesten Berichten aus Palermo befindet sich Garibaldi noch immer unterhalb Corleone. Die Truppen haben diejenigen Stellen besetzt, von denen man glaubt, daß Garibaldi sich ihrer bemächtigen wolle. Der Geist der Truppen ist fortwährend vortrefflich. Man hegt das Vertrauen, daß Alles ohne Anwendung von Gewalt beigelegt werden.

Rom, 1. August. [Tagesbefehl des Waffenministers vom 19. Juli.] Herr v. Mörde hat einen Tagesbefehl an seine Truppen erlassen, aus dem wir nachstehende interessante Notiz entnehmen: „Da der Endesunterzeichnete von Sr. Excellenz dem Staatssekretär eine Mittheilung erhalten, aus der hervorgeht, daß die französische Armee volle Verantwortlichkeit für alle etwaigen Vorgänge an der päpstlichen Grenze, in den Provinzen von Grosinoni und Velletri übernehmen will, so wird die Garnison von Alatri, die den am weitesten vorgeschobenen Grenzposten einnimmt, „sich zu Terentino mit dem Generalstabe, zu dem sie gehört, vereinigen“. Diese Bewegung wird möglichst bald ausgeführt werden.“

— [Ueber die Stellung der Franzosen in Rom] bringt die „A. Z.“ folgenden Beitrag: „Die ersten Reibereien zwischen den päpstlichen Truppen und den französischen fanden wieder am Tage der Revue der ersten statt, als der Papst den Grundstein zur Kaserne im prätorianischen Lager legte, und dieselben nahmen nachher einen so heftigen und bösen Charakter an, daß Mgr. Mörde es für gut fand, das Zuaven-Bataillon aus Rom zu entfernen und nach Merino zu verlegen. Nichtsdestoweniger hat die Animosität zwischen diesen beiden Lagern noch nicht nachgelassen, und als kürzlich eine päpstliche Patrouille in der Gegend von Anagni auf eine französische traf, und letztere in ihrem Uebermuthe die erstere verhöhnte, kam es zum Streit und zum Gebrauche der Waffen. Wie nun auch in Rom die französischen Militärbehörden gegen die päpstlichen imperatorisch handeln, davon könnten Beispiele genug angeführt werden; es sei aus vielen nur das eine erwähnt, daß sich bei Streifereien oder Händeln päpstlicher Soldaten mit französischen die französischen Behörden stets für berechtigt halten, die päpstlichen Truppen von französischen Gerichten aburtheilen zu lassen, obgleich die päpstliche Armee dem General Montebello nicht in Disciplinargesetzen untergeben ist, sondern derselbe nur das Recht hat, über dieselben zu verfügen, wenn es sich um eine Affektion handelt, d. h. wenn bei der Befürchtung von Demonstra-

tionen zc. die Wachen und Patrouillen verdoppelt werden sollen oder ein Regiment bei alarmirenden Gerüchten sein Standquartier wechseln soll.“

Rußland und Polen.

□ Warschau, 4. Juli. [Neue Provinzialeinteilung; Revue; Namenstag der Kaiserin.] Zum Verständniß des neuerlich mitgetheilten kaiserlichen Ukases: daß in Erwägung zu ziehen sei, ob es dem Interesse der Verwaltung und des Schatzes entspreche, die drei früher aufgehobenen Gubernialregierungen Kiew, Kalsch und Podlachien wiederherzustellen, diene die Anführung, daß Kaiser Nikolaus aus den acht Gubernien, in welche das Kongreßkönigreich eingetheilt war, fünf formirte, indem er die Gubernien von Krasau und Sandomir unter dem Namen des Radomer, das Kalscher mit dem Masowischen unter dem Namen des Warschauer, das Podlachische und Lubliner unter dem Namen des Lubliner Guberniums vereinigte. Jetzt also beabsichtigt man der früheren Einteilung in acht Wohnodschastien entsprechende Abgrenzung der Verwaltungskreise, im Interesse der Bequemlichkeit der Bevölkerung. — Vorgestern hat eine große Parade sämtlicher hier stehender Truppen auf dem Masdower Plage stattgefunden, woran auch das hiesige Publikum lebhaften Theil nahm. 30,000 Mann Truppen waren auf dem Plage, der Großfürst, welcher die Parade abnahm, erschien, von der Generalität und einer starken Suite umgeben, durch eine Chaine der auf- und abmarschirenden Truppen und verließ den Platz durch ebensolche Chaine. — Man betrachtet die Parade als Vorfeier des gefrigen Namens-tages der Kaiserin. — Derselbe wurde gestern durch Gottesdienst und Abends durch Illumination gefeiert, die einer amtlichen Kundmachung zufolge ganz dem Ermessen der Bürger anheim gestellt war.

Amerika.

— [Ueber die Schlacht bei Malvern-Hills] am 1. Juli sagt ein südstaatlicher Bericht:

Die Schlacht am Dienstag (1. Juli) war vielleicht die heißeste und blutigste von allen, welche in den letzten sieben Tagen geschlagen wurden. Dienstag früh fuhr der Feind (die Unionisten) fort, sich in südöstlicher Richtung gegen seine Kanonenboote auf den James River zurückzuziehen. Um 8 Uhr Morgens begann Magruder die Verfolgung, indem er vorsichtig vorrückte und fortwährend in die Waldungen und Sumpfe in seiner Fronte Bomben warf. Diese Art des Vordringens wurde während des ganzen Morgens beibehalten, bis die Unionen (die Separatisten) zwischen 4 und 5 Uhr Nachmittags endlich auf den Feind stießen. Sie hatten gerade ein offenes Terrain erreicht, welches etwa eine Meile lang und dreiviertel Meilen breit war. Der Feind war auf der entgegengesetzten Seite dieses Terrains in dem dichten Walde stark verschanzt. Seine Artillerie, etwa 50 Geschütze, konnte genau hinter den Erdwerken gesehen werden. Neun Minuten vor 5 Uhr gab General Magruder Befehl, im Sturm über das in Fronte liegende Terrain vorzurücken und die feindliche Position zu nehmen. Mit lautem Hurrah und im Sturmstreich stürzten unsere Leute vorwärts. Sofort aber entandte der Feind aus seinen Brustwehren eine mörderische Salve von Kartätschen und Granaten, welche in unsern Reihen nicht unbedeutende Verwüstung anrichtete. Indessen standen unsere Linien dennoch unerschrocken und wankten nicht. Nochmals stürzten die Reservisten vorwärts und hatten schon zwei Drittel der Entfernung zurückgelegt, als sie durch das unaufhörliche Kartätschenfeuer des Feindes endlich doch zu wanken begannen und sich genöthigt sahen, sich in den Wald zur Deckung zurückzuziehen. Zweimal wurde der Versuch, die feindliche Position zu nehmen, erneuert, aber die Nacht war inzwischen eingetreten und machte jeden weiteren Versuch unmöglich, doch wurde das Gefecht durch die Artillerie bis 10 Uhr von beiden Seiten fortgesetzt. Auch die feindlichen Kanonenboote thaten uns durch ihr ununterbrochenes Feuer nicht unbedeutenden Schaden. Am nächsten Morgen räumte der Feind (die Unionisten) seine Position und trat in einer südöstlichen Richtung den Rückzug an, indem er aufsehend nicht bemüht war, die Entfernung zwischen seinem Armeekorps und den Kanonenbooten zu verringern. Das Schlachtfeld bot am Mittwoch Morgen einen wahrhaft fürchterlichen Anblick dar: grauenhafte Szenen, welche das Blut erstarren machten, waren da zu sehen. Das ganze Terrain war auf der Westseite mit Leichen bedeckt und die fürchterlichsten und schauerhaftesten Verwundungen boten sich dem Auge dar. Die Zahl der gefallenen Unionisten war nicht geringer als die unserer Todten. Viele von den Feindlichen waren noch am Leben, aber ihre Kameraden hatten in der schimpflichen Eile, den Rebellen zu entkommen, an nichts anderes mehr denken können und dieselben im Stiche gelassen. Die Nordstaatlichen hatten auf ihrem Rückzuge weder Tornister noch Ueberrock, noch Vorräthe, noch irgend etwas weggeworfen, und zwar aus dem Grunde, weil sie sich schon vorher aller Gegenstände entledigt hatten, wodurch ihre eilige Flucht hätte verzögert werden können. Die Schlacht am Dienstag Abend (1. Juli) war in der That eine sehr blutige für beide Seiten. General Magruder sollte das Unmögliche leisten, mit einer unbedeutenden Streitmacht einen überlegenen Feind, der dazu noch eine feste und uneinnehmbare Position bezogen hatte, anzugreifen und aus dieser Position

zu vertreiben. Unter solchen Umständen konnte das Resultat durchaus nicht zweifelhaft sein.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 6. August. [33. Sitzung], vom Präsidenten Herrn Grabow um 10¹/₂ Uhr eröffnet. — Urlaubsgeheude werden in großer Anzahl bewilligt. — Eine telegraphische Depesche aus Rauban dankt dem Hause für die Genehmigung der schlesischen Gebirgsbahn und bringt ein Hoch dem Abg. Bassenge (Rauban). (Heiterkeit.) — Am Ministerische: Graf zur Lippe und v. D. Hendt. — Nachdem die Abgg. Frhr. v. Gablenz, Nehagen, Nols-hofen, Schömann und Band auf die Verfassung vereinigt sind, geht das Haus zum 2. Gegenstand der Tagesordnung über: Bericht der Kommission für das Justizwesen über die Petitionen wegen Deklaration des §. 36 des Gesetzes über die Presse vom 12. Mai 1851 und weiterer Bericht über denselben Gegenstand. — Das Amendement des Abg. Dr. Beder (Dortmund) also lautend: „das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, in dem Entwurf der Kommission hinter das Wort „Herausgeber“ zu setzen „oder Einfender“ wird sehr zahlreich unterstützt, ebenso das Amendement des Abg. Neue (Salzwedel): „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf seine Zustimmung zu ertheilen: Drucker, Verleger, Kommissions-Verleger und Redakteure können nicht durch Zwangsmaßregeln zum Zeugniß über die Verfasser, Herausgeber oder Einfender von Druckschriften, Artikeln oder Inseraten, oder über den Ursprung der in solchen enthaltenen Mittheilungen angehalten werden: 1) in Untersuchungen, die den angeblich strafbaren Inhalt derselben, für den sie nach den §§. 34 — 37 des Pressegesetzes vom 12. Mai 1851 in irgend einer Art verantwortlich sind, zum Gegenstande haben; 2) in Disciplinargesetzen gegen Beamte und ehrengerichtlichen Untersuchungen, so lange nicht die Einleitung des Verfahrens gegen einen bestimmten Angeklagten verfügt ist. (Siehe §§. 22, 23, 32 des Gesetzes vom 21. Juli 1852, §§. 23, 27 des Gesetzes vom 1. Mai 1851, §§. 21, 25, 26 der Verordnung über die Ehrengerichte vom 20. Juli 1843, Rab.-Ord. vom 18. Juli 1844.)“ — Ein eingebrachtes Amendement des Abg. Oppermann, welches beantragt, statt der Worte: „die Verfasser“ u. s. w. bis zu „namhaft zu machen“, die Worte zu setzen: „über die Verfasser oder Herausgeber von Druckschriften, Artikeln oder Inseraten oder über den Ursprung der in solchen enthaltenen Mittheilungen Zeugniß abzulegen“ u. s. w., wird verlesen und unterstützt. — Der Berichterstatter Abg. Waldeck kommt auf den Fall, welcher den Redakteur der „Magdeburger Zeitung“ in Folge einer Mittheilung aus Bernburg betroffen, zurück, präcirt den Unterschied zwischen dem Doppelchen und anderen zur Sprache gekommenen Fällen dahin, daß in letzteren es sich nicht um Zeitungsartikel, sondern eigenthümlicherweise um Erlasse unserer eigenen Behörden handelt. Eine Unfreiheit in der Anschauung der Gerichte bestehe, und diese Unfreiheit zu beseitigen, sei ein dringendes Bedürfnis. Der Hauptpunkt, worauf es hier ankomme, sei, daß der Redakteur nicht gezwungen werden dürfe, die geforderte Auskunft zu geben; er sei der verantwortliche Redakteur, er müsse für den Riß stehen, er müsse also auch geschützt werden — im Interesse der Verfassung und nicht auf Grund eines Privilegiums. Bezüglich der Amendements empfehle sich allerdings das vom Abg. Neue gestellte durch eine bessere Fassung, doch müsse er an dem Kommissions-Antrag festhalten.

Der Justizminister Graf zur Lippe: Man müsse zunächst davon ausgehen, daß ein Unterschied besteht zwischen strafbaren Handlungen, durch Preßvergehens begangen, und strafbaren Handlungen, welche den Preßzeugnissen vorausgegangen sind; erstere bestrafe das Pressegesetz, letztere das Strafgesetz und die Kriminalordnung. Was die Verantwortlichkeit des Redakteurs betrifft, so sprechen sich die §§. 34 und 37 des Pressegesetzes darüber aus. In der Praxis habe sich manches anders gestellt, als die Theorie es angeordnet, und es ist dahin gekommen, daß ein Redakteur aus dem §. 34 nicht mehr verantwortlich gemacht werden konnte und der §. 37 mußte in Anwendung gebracht werden; so ist denn die Theorie von der ebliden Vernehmung in Gebrauch gekommen, was ursprünglich nicht in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben mag. Ein Redakteur, der sich seiner Verantwortlichkeit bewußt ist, kann sich nicht damit begnügen, für eine strafbare Handlung aus §. 37 nur mit einer Ordnungsstrafe belegt zu werden. Nach dem jetzigen Vorschlage erhalte man einen unverantwortlichen Redakteur und die Regierung werde diesem Vorschlage die Genehmigung nicht gewähren können. Was die in den Petitionen angeregten Fälle betrifft, so haben sie mit dem Pressegesetz und mit der Komplizität des Redakteurs nichts zu thun. Hier wolle sich der Redakteur einer allgemeinen staatsbürgerlichen Pflicht entziehen, sich eine Ausnahmebestimmung schaffen, indem er die Ablegung eines Zeugnisses verweigere. Mit dem Vorschlage komme die Regierung in die Lage, andere als die bisher angewendeten Mittel zu ergreifen, um den Thäter zu ermitteln. Was das Amendement Neue betrifft, so sei zu erwidern, daß wenn man erst so weit ist, gegen eine bestimmte Person die Untersuchung einzuleiten, man der Vernehmung des Redakteurs nicht mehr bedarf. Auch gegen dieses Amendement erklärt sich der Minister.

Abg. Reichensperger (Gelsen) gegen den Kommissionsantrag, weil er überzeugt ist, daß darin ein Rechtsbruch liege, wenn man dem Repräsentanten der Presse einen Schutz gewährt, welcher hier beantragt ist. Er verkenne nicht die Mängel unserer Kriminal-Gesetzgebung, namentlich in der Bezeichnung der Staatsanwaltschaft, eine Zeugenvernehmung von dem willkürlichen Untersuchungsrichter zu verlangen, noch ein Dabestand festgestellt worden. Redner behält sich das Recht vor, gegen den Entwurf durch seinen alleinigen Widerspruch zu protestiren. Es bedürfe keiner gesetzlichen

der damalige Koźminer Probst J. M. A. Bielawski bezeugte, weshalb das Konfitorium zu Posen befahl, die Leiche des Durchlauchten Herrn Alexander Brzjemski an einer besonderen Stelle aufzubewahren, indem es der Meinung war, daß, wenn dieser Leichnam durch Einbalsamiren bis jetzt sich erhalten und nicht in Fäulniß übergegangen (siblen Geruch spürt man auch heute nicht), man Recht hat anzunehmen, daß, sowie die lebendigen Wesen von der Luft leben, so verderben die leblosen nicht durch dieselbe, weshalb befohlen worden, die Leiche an einer solchen Stelle aufzubewahren, die dem Aufzuge ausgelegt ist und zwar bis zur weiteren Gottesgnade.“

Meine Meinung ist jedoch die, daß, wenn in einem solchen nassen, dem Wasser ausgefüllten Gewölbe bis jetzt diese Leiche 62 Jahre sich unverföhrt erhalten hat, dies nicht durch das Einbalsamiren, sondern nur durch die Gnade Gottes bewirkt worden sei und auch für die Zukunft geschehen wird, und hoffe ich zu Gott, daß ich ihn in seinem Heiligen auch fernere preisen werde. — Bewundernswürth ist in der That, daß, als man den letzten Sarg, welcher mit farnosinrothem Sammet ausgeschlagen und mit goldenen Schnüren verbrämt war, im Keller nicht öffnen konnte, man denselben in das Schiff der Kirche hinauftrug, um den Boden mittelst einer Art herauszuschlagen, es sich ereignete, daß ich in dem Augenblicke in die Kirche gekommen war, und den im Kreise stehenden Anwesenden sagte: „Lasset ab, hier muß etwas Außerordentliches sein“, und ihnen zugleich das Mittel angab, den Sarg zu öffnen. Beim Abnehmen der Decke zeigte sich ein eichener Sarg und in diesem ein Feinsterrahm, durch welchen wir das wohlbehaltene Gesicht anschauten. Am andern Tage, im Beisein des Herrn Drispfarrers nahmen wir den Deckel ab und fanden eine unverletzte männliche Leiche so schön und vollkommen, daß, wenn in sie Seele und Blut getreten wäre, ein Jeder sicherlich geurtheilt haben würde, dieselbe sei nie gestorben gewesen. — Wir fanden hinter dem Kopfe folgende Buchstaben: „A. Z. p. p. K. Anno 1694“, welche wir folgendermaßen überleseten: „Alexander von (z) Brzjemski, Reichs-Untertan, gestorben 1694“, was bis zur Ausgrabung 62 Jahre ausmacht. An dem selb verstorbenen Herrn befanden sich ein damatenes weißes Unterleid mit silbernen Knöpfen, ein Gürtel des heiligen Franciskus, Stapulier und ein Stiefen unter dem Kopfe. Die Fußsohlen ausgenommen waren alle diese Gegenstände unverföhrt. Das Portrait des Durchlauchten Herrn Untersuchers unter den Gebeinen des gekreuzigten Jesus Christus in der Mitte der Kirche ist der wohlbehaltene Leiche sehr ähnlich an Gesicht, Haaren, Ausdruck und Schmuck. Erwähnen müssen wir noch das Bejucken der Leiche des Alexander Brzjemski von einem der letzten Besitzer Koźmin's, welchen Vorfall ein Augenzeuge, ein Bürger von Koźmin, wie folgt, beschreibt: „Als Sr. Excellenz der Feldmarschall (v. Maltreuth) die Koźminer Güter gekauft hatte, besuchte derselbe das Grabmal des Alexander Brzjemski, ließ sich den Sarg öffnen und indem er die unverletzte Leiche erblickte, sagte er den Schmuckbart derselben an, um sich wahrscheinlich zu überzeugen, ob dieser noch stark in der Haut sitze. Als er den Schmuckbart angezogen hatte, öffneten sich beide Augen der liegenden Leiche und dadurch ward der Graf so erschreckt, daß er so eilig als möglich das

Kirchengewölbe verließ; ja in seinem eigenen Pallaste fand er keine Ruhe, weshalb er in Kurzem nach Berlin abreiste. Einige behaupten, ihn sehr selten in Koźmin nach dem Vorfalle gesehen zu haben; Andere aber sagen, sie hätten ihn gar nicht mehr hier gesehen. Diese Erzählung stammt von dem Koźminer Bürger Koteci her. (Er ist in diesem Jahre gestorben; seine Wahrheitsliebe wird von uns stark angezweifelt), aber auch andere Personen behaupten die Wahrheit derselben. Erwähnt ist oben, daß die Weiberliche Familie die Koźminer Güter in Besitz hatte. Wir finden in der Polener Grod-Alten einen Nachkommen, mittelst welchem Dymitr Weiber, Starost von Kosciernyn, diese Güter für 21,000 poln. Gulden an den Jarosł Bronikowski verpachtete und die a s folgenden einzelnen Grundstücken und Ortlichkeiten bestanden: Stadt Grod-Koźmin; Bornert Drla, Kpowiec, Borzeje, Galeso, Walsmo, Kaniemo, Budy, Dlendry und andere wüste Besitzungen. In dem Kontrakte hat sich der Besitzer den Thiergarten vorbehalten, welchen der Pächter dahin zu beauftragt hatte, daß die Bürger so wie die Bauern die Lünzungen des Thiergartens, vermöge althergebrachter Verpflichtung, besorgen mußten. (In den Grod-Alten von Bejern aus dem Jahre 1630 finden wir die Namen folgender Koźminer Bürger: „Xangenas (lange Nase), Zal, Klyt, Drpi-jewski, Glijcsja, Gum, Stepp, Kojufel, Jerska, Kipsa, Sranfa u. dergl.) Pächter war auch verpflichtet, die Hirche und anderes Wild mit Hen zu versorgen. Derselbe Kontrakt erwähnt, daß in jener Zeit auf den Vorwerken Kpowiec und Drla 1200 Schafe vorhanden waren.

Das Schloß Koźmin besteht aus drei Theilen, die ohne Zweifel nicht zu gleicher Zeit aufgeführt worden sind. Der Ostthurm scheint der älteste zu sein und ist wahrscheinlich das Werk der Borowiczischen Familie, die zur Zeit der Regierung Casimir des Großen lebten und bezieht sich auf das Jahrhundert, in welchem so viele gemauerte Befestigungsplätze in unserm Lande aufgeführt worden sind. Von diesem Thurne, so behaupten viele Bewohner Koźmin's, soll ein unterirdischer Gang bis nach Garam-sad führen, welches Dorf eine halbe Meile von Koźmin entfernt ist; dorthin soll dieser Gang auf eine Anhöhe, Schwedenberg genannt, ausmünden und zur Zeit häufig von Horen besucht worden sein. — Es gehört sich hier noch zu erwähnen, daß in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sich Horen in dieser Gegend verbreiteten, welche der Koźminer Magistrat zu strafen nicht verabsäumt hat. Die Stadtbürger geben uns in dieser Beziehung folgende Nachrichten, die wir zur Vervollständigung der Nachrichten über Koźmin hier anführen: In der Regel wurden über die Horen die üblichen Strafen verhängt, nämlich, daß man dieselbe in den Teichen schwemmte oder auch auf dem Scheiterhaufen verbrannte. So soll einst eine Frau, die man für eine Hore hielt, heringe verkauft haben, und als eine andere einen solchen gekauft und verzehrt hatte, behauptete sie, daß sie mit diesem Horenkraut genossen habe. Vom Gasse durchdringend ging sie zu den damaligen Stadtvögten auf das Rathhaus sich beschwerend und bittend, Gerechtigkeit gegen die Hore zu üben. In einer Versammlung wurde einstimmig beschlossen, daß die Hore auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden solle. Dem Urtheil zufolge wurde hinter der Stadt auf der Pläne (blonia) unter dem Galgen (nicht weit

von der Posen'schen Straße) ein Scheiterhaufen errichtet, die Hore in einer Tonne zur Stadt hinausgeführt und auf den angezündeten Holzstoß gelegt. Als aber auch die Tonne zu brennen anfang, kam die Hore heraus und überzog den ganzen Scheiterhaufen mit dem in der Tonne befindlichen Wasser. Als der Stadtvogt dies wahrnahm, auch, daß seine Absicht nicht erreicht werde, befaß er noch ein zweites größeres Holzquantum aufzulegen, das aber die Hore auf dieselbe Art löschte; endlich wurde noch ein dritter, größerer Holzhaufen aufgelegt und der Verurtheilung genügt und die Hore verbrannt. Mit der Zeit vermehrte sich in Koźmin die Verfolgung schuldiger und unschuldiger Frauen so weit, daß die kleinsten Mißverständnisse Anlaß zur Verfolgung gaben; ja binnen kurzer Zeit kam der größte Theil der Frauen Koźmin's in den Verdacht, daß sie Horen seien. Die Vögte der Stadt, um das Wohl der letzteren besorgt, verurtheilten sich zu überzeugen, welche Frauen Horen wären. Dazu diente die Wasserprobe und man nahm an, daß die Frau, die halb untertaucht, frei von dem Vorwurfe sei, diejenige aber, die fünf oder sechs Stunden schwamm, wurde als wirkliche Hore erkannt und erst durch besondere Befürwortung von der Strafe befreit. — Einmal tanzte eine Frau mit einem Mann, dem sie einen Apfel zur Erholung gab. Der Zufall wollte es, daß dieser Mensch nach dem Genuße des Apfels schwere Krämpfe bekam und an diesen eine Zeit lang leidend endlich starb. Es fiel folglich der Verdacht auf die Geberin, sie sei eine Hore; und durch die Familie des Verstorbenen wurde sie, sogar ohne Erlaubniß der Vögte, in einer Nacht gefangen genommen, gebunden und in einem Leiche Koźmin's erräuft. Die Verbrecher entgingen der Strafe für diese That, ja sie wurde sogar noch gelobt. — Eine andere Frau, die einsamkeit liebend, verkehrte mit Niemanden, und um dem Umgange mit Anderen auszuweichen, versteckte sie sich öfter im Walde. Diese Zurückgezogenheit erregte die allgemeine Aufmerksamkeit und wurde die Veranlassung, daß die Frau gefangen genommen und ohne den geringsten Beweis behauptet wurde, sie sei eine Hore und müsse verbrannt werden. Die Stadtvögte sich an die Worte haltend: „Das Böse muß von der Wurzel aus vertilgt werden“, erlaubten gern die Verbrennung der Unglücklichen. Als man aber wie gewöhnlich diese in eine Tonne gesteckt hatte kam ein Mabe geflogen, der sich auf dieselbe setzte und sich von Niemanden verheiden ließ. Erst als die Tonne auf dem Scheiterhaufen Feuer faßte, flog er auf und entwand den Augen der Anwesenden. (Aus dem in Koźmin aufbewahrten Manuscript.) — Der mittlere Theil des Schlosses scheint ein Werk der Gorkonischen Familie zu sein. Größere Verzierungen hat später die Brzjemsische Familie angebracht; dies beweist das Kamin, welches mit dem Wappen der Familie verziert ist. Das Leibrige des Schlosses ist im 17. und wahrscheinlich noch im 18. Jahrhundert hergestellt worden. In Koźmin gab es einige durch Gelehrsamkeit berühmte Männer. Zu diesen gehören Benedikt Koźminczyk und Jersz Albin Koźminczyk. Die Stadt zählt 13 Rünfte, von welchen 7 Privilegien auf Pergament verbrieft und bestätigt von Brzjemski und Sapieha bezeugen. Die älteste von diesen ist die Tuchmachersunft, die im Jahre 1409 errichtet wurde,

Deklaration; das Obertribunal werde sich durch die Ausführungen im Bericht in seiner Praxis nicht irre machen lassen, die grade im vorliegenden Falle eine mehr als gewöhnliche Bedeutung hat. Es sei zu bezweifeln, ob der Bericht Recht daran thut, zu verschiedenen Malen den Muth, die Mannhaftigkeit und Charakterstärke eines Mannes zu loben, der sich den Anordnungen der Behörde widersetzt. Es gebe eine Reihe von Verbrechen, bei welchen es kriminalistisch undenkbar ist, nicht den Redakteur zu verurtheilen. Redner kommt auf den Artikel in der „Gartenlaube“ zu sprechen. Die Justizkommission rechtfertigt ihren Antrag mit dem Art. 27 der Verfassung; woraus aber keineswegs das Princip der Anonymität hergeleitet werden kann. Jeder Preuze hat das Recht, seine Meinung zu äußern; er müsse also diese seine Meinung mit seinem Namen vertreten. Der Bericht stellt die Anonymität als Lebensbedingung der Presse auf; das habe aber bisher keine Autorität behauptet; grade das Gegentheil forderten alle hervorragenden Männer, wie z. B. Welcker, und dieselbe Anschauung herrsche in andern Ländern, wie es das Gesetz von 1850 in Frankreich darthut. Eine jede Freiheit müsse die persönliche Verantwortlichkeit im Gefolge haben. Soll das Geheimniß der Person, wenn sie die Pressefreiheit benutzt, berechtigter sein als sein Amtsgeheimniß? Der Antrag der Kommission schweige auch ganz von mündlichen Mittheilungen an Redakteure. Die Kommission habe die Freiheit der Presse mit der Straflosigkeit derselben verwechselt; das sei der Schwerpunkt der Frage. Es gebe übrigens keinen öffentlichen Ankläger, denn die Staatsanwaltschaft könne eben so gut auch öffentlichen Vertheidiger sein. Redner kritisiert nach einander alle andern Ausführungen des Kommissionsberichts. Die Art. 28 der Verfassung, die Art. 34–37 des Preßgesetzes geben einen bestimmten Anhalt für das Recht der Vernehmung der Redakteure. Der Strafe des §. 34 gelte als Ordnungstrafe, nicht als die Strafe für Theilnahme. Man möge nur die gleichfalls verfassungsmäßig garantierte Redefreiheit in Analogie ziehen, sich fragen, ob auch über Reden, auf öffentlichem Markt gehalten, keine Zeugenvernehmung angestellt werden soll. Der Einwand, daß der Redakteur in den Fall kommen könne, gegen Verwandte, Komplexionen u. s. w. auszusagen, sei gleichfalls nicht zutreffend. Nicht der Zeuge, sondern der Richter habe die Zeugenqualifikation zu beurtheilen. Redner widerlegt noch verschiedene andere Bedenken des Kommissionsberichts und macht darauf aufmerksam, daß die Vorunternehmung beginne, auch bevor noch ein bestimmter Verbrecher ermittelt worden. Das Amendement Becker fällt mit Recht eine Lücke aus; denn könne man aber auch sagen Einförder und Ueberbringer, denn das sei auch möglich. Im Interesse der Presse, der Freiheit und Sicherheit aller öffentlichen wie Privatpersonen und auf Grund des Art. 28 möge man dem Antrag die Zustimmung versagen. (Bravo!)

Abg. John (Kabin) für den Kommissionsantrag. Es sei nicht richtig, wenn ein Gesetzgeber einen Gesetzentwurf für sich in's Auge faßt; man müsse immer den Zusammenhang berücksichtigen und die Fehler in der bestehenden Gesetzgebung aufsuchen. Redner erkennt ausdrücklich die Ehrenhaftigkeit des Redakteurs an; es sei auffallend, daß grade in der neuesten Zeit Personen das Zeugniß verweigert haben, und zwar nicht etwa in Fällen von Diebstahl u. s. w., sondern bloß in solchen, wo das Amtsgeheimniß verlegt sein sollte. Wo die Justiz öffentlich, muß auch die Verwaltung öffentlich sein. Für die Presse gelte der Ausspruch quousquis praesumitur malus, denn man fordere Kautelen als Exekutionsobjekt für etwa zu begehende strafbare Handlungen. Das polizeiliche Verfahren der Beschlagnahme sei eine Art von Censur, die aber durch die Verfassung verboten. Drucken kann man, was man will; gelesen darf aber nur werden, was der Polizeibehörde gefällt. Möglich sei nur, daß der Gesetzentwurf einmal in irgend einem Falle zum Schaden gereichen kann; diese Möglichkeit wiege aber die sofort und so häufig auftretenden Vortheile derselben nicht auf. Wollte man die Nichtanonymität, so möge man sich auf das französische Gesetz berufen; wolle man dies nicht, so müsse man die Anonymität anerkennen, um so mehr, als das Preßgesetz nichts von Nichtanonymität weiß. Redner erklärt sich gegen die Fassung des Amendements Kene; dagegen sei das Amendement Oppermann eine Verbesserung des Kommissionsantrages. — Abg. Blagmann: Der Vorredner habe gesagt, wo die Justiz öffentlich sei, möge auch die Verwaltung öffentlich sein; nun, warum soll denn nur die Presse ihre Heimlichkeit haben? Durch den empfohlenen Gesetzentwurf könne möglicherweise Schaden entstehen, das habe der Vorredner selbst zugegeben. Unter Preßgesetz lege durchaus nicht die unmittelbare Verantwortlichkeit des Redakteurs fest. Halte man vielmehr die ihm gelassene Alternative im Auge, so begreife man um so weniger, wie die Kommission zu ihrem Antrag komme. Es mußte denn etwas Positives gesagt werden, nämlich: der Redakteur habe das Recht, die Verantwortlichkeit eines Artikels zu übernehmen. Dann könne ihn aber nicht eine bloße Ordnungstrafe, sondern dann müsse ihn die ordentliche Strafe treffen. Er, Redner, würde sich freilich auch gegen einen solchen Antrag erklären, weil den Redakteur dann nur die objektive Strafbarkeit treffen könnte, nicht die subjektive. Dem Princip der Verantwortlichkeit würde dadurch nicht Genüge geleistet. Das Princip würde zu einem Widerspruch in sich führen. Der Antrag Kene hat nur einen großen Fehler des Kommissionsantrages vermeiden wollen. Die Einführung des Gesetzentwurfes sei eine ganz unmögliche und würde uns in Gesetzklosigkeit führen. Der Kommissionsantrag lautet bekanntlich: „Drucker, Verleger, Kommissionsverleger und Redakteure dürfen nicht durch Zwangsmaßregeln angehalten werden, die Verfasser oder Herausgeber von Druckschriften, Artikeln oder Inseraten namhaft zu machen.“

Abg. Oppermann vertheidigt sein Amendement. Er theilt die Befürchtungen des Vorredners nicht. Auch wäre voranzusetzen, daß ein hier angenommener Gesetzentwurf von dem andern Hause nicht angenommen werden würde, da dasselbe bereits über eine ähnliche Petition des Redakteurs Gumbiner zur Tagesordnung übergegangen sei. (Redner spricht leider bis zur Unverständlichkeit leise.) Die Regierung hätte die Bedürfnisfrage anerkennen, nicht einfach zur Tagesordnung über diese Frage übergehen sollen, meint Redner. Man müsse die Sache, wie sie liegt, betrachten. Die Regierung hätte anerkennen sollen, daß in einzelnen zur Kognition gekommenen Fällen das von den Behörden eingeschlagene, auf Grund der Gesetze eingeschlagene Verfahren nicht klar ist. Durch Ausplaudern aus einer Konferenz sei mit Sicherheit das Vorhandensein eines Disciplinarvergehens nicht anzunehmen; Staatsgeheimnisse würden in Konferenzen nicht verhandelt; bei so einer Konferenz lassen sich viele Fälle denken, die nicht das Vorhandensein eines Disciplinarvergehens begründen, nicht den Verdacht eines Bruches der Verschwiegenheit. Der Wahlerlaß des Kriegsministers z. B. habe gar kein Recht auf das Amtsgeheimniß gehabt; und außerdem sei das Verfahren gegen den Redakteur der „Danziger Zeitung“ ein eigenthümliches. Redner kritisiert das gerichtliche Verfahren gegen den Redakteur der „Magdeburger Zeitung“, welches er nicht in der Ordnung findet. Das Interesse der Presse sei identisch mit dem Interesse des Staates, und nicht das Beamtenthum habe ein Recht auf Staatsgeheimnisse, sondern der Staat, man müsse also die Presse nicht in die Lage bringen, Geheimnisse zurückzuhalten, deren Veröffentlichung im allgemeinen Interesse liege. Redner geht auf Analyse der §§. 34, 35 u. f. des Preßgesetzes ein, woraus sich ergebe, daß der Redakteur nur für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen verantwortlich sei. Wir können den juristischen Ausführungen des Redners nicht in die Details folgen. Er hält die Anonymität als Bedingung aufrecht. Das Wort in der Verfassung: Jeder Preuze, sei nicht so zu interpretieren, wie es der Abgeordnete für Gelsen gekau. Während der Rede des Abg. Oppermann und die Minister v. Müllers, Graf Ikenplüs und v. Jagow eingetreten; auch der Kriegsminister erscheint einen Augenblick im Saale, zieht sich jedoch mit dem Abg. Behring in das Konferenzzimmer zurück und nimmt dann seinen Sitz ein. — Der zweite Vicepräsident Hr. v. Hochum-Dolffs hat den Vorsitz übernommen. — Ein Antrag auf Schluß wird unterläßt, bei der Abstimmung aber abgelehnt. — Abg. Kene (Salzwedel) vertheidigt sein Amendement. Der Kern der Frage sei, ob die Anonymität ein Recht der Redaktion sei? Die Sache sei einfach die, daß die Zeitungsredakteure nur bei Komplexität bestraft werden können; in allen andern Fällen nur von einer Ordnungstrafe betroffen werden. Redner entwickelt kaum neue Gesichtspunkte. Die Autorität des Obertribunals könne nicht so weit gehen, schließt er, daß die Untergerichte sich aller Selbstprüfung begeben sollen. — Ein erneuter Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. Dr. Faucher: Es sei im Interesse der Regierung, dem jetzigen Verfahren ein Ende zu machen; sonst könnte es kommen, daß die Zeitungspreise ihr bisheriges Verfahren ändert, und zu der Praxis übergeht, auch anonyme Aufsätze anzunehmen, und dann wird die zeugeneidliche Vernehmung nichts nützen, wird das Amtsgeheimniß viel öfter verletzt werden. Man wird der ausländischen Presse Mittheilungen machen, wenn die preussische Presse sie zu veröffentlichen verhindert ist. Darauf wird die ausländische Presse spekulieren und wird solche Mittheilungen honorieren. Man möge nur z. B. an den „Hermann“ in London denken. In andern Fällen, wo Anzeigen

anonym gemacht werden, wird das Gesetz auch nicht viel nützen. Kein Redakteur wird sein Zeugniß verweigern, wenn auf andere Weise der Urheber eines Artikels ermittelt ist; dann ist er nur Zeuge, nicht mehr Denunciant. Er werde für den Kommissionsantrag stimmen. — Abg. v. Vinde (Stargard) gegen den Kommissionsantrag; er erkennt an, daß Herr Reichensperger dem Gegenstand erschöpfend behandelt und er freut sich um so mehr, diese Anerkennung auszusprechen, als er sich so selten mit dem Abgeordneten in Uebereinstimmung befinde. Man müsse es sich angelegen sein lassen, die Entscheidungen des Obertribunals mit Ehrerbietung zu behandeln. Für Hagen in Jüterburg sammle man nicht bloß, man lobe auch im Hause seine Ehrenhaftigkeit und das sei doch bedenklich. Die Tendenz des Berichts gehe dahin, die Anonymität der Presse zu einem Grundrecht des preussischen Volks zu erheben; Kottet und Welcker erklären ausdrücklich, daß die Anonymität nur in Ausnahmefällen stattfinden dürfe. Fälle aus dem 18. Jahrhundert, wo die Anonymität geschickt wurde, könnten nicht hierher. Damals habe man keine Landesvertretung gehabt, um gekränktes Recht zu schützen. Das Resultat der Veröffentlichung des Heydt'schen Briefes sei recht angenehm, die That selbst könne er nicht verberlichen. Jeder müsse die Verantwortlichkeit für das übernehmen, was er drucken läßt. Mit dem Worte Anonymität habe es nicht viel auf sich, man brauche nur Schulze, Müller, Schmidt, Meier unterzeichnen. Die französische Gesetzgebung auf diesem Gebiete sei nicht zu empfehlen; die Anonymität sei ein nothwendiges Uebel, daß aber nicht vergrößert werden müßte, wie es die Kommission will. Damit werde die Rechtsgleichheit zu Gunsten eines kleinen Theils der Staatsbürger alterirt. Man verlege keineswegs die bisher befolgten strafrechtlichen Grundsätze, wenn man den Redakteur in Fällen der Komplexität zur Ablegung eines Zeugnisses anhalte. Bezüglich des Amtsgeheimnisses, so gebe es sehr viel Gegenstände, die im Interesse des Inlandes dem Auslande gegenüber geheim gehalten werden müssen; ein Amtsgeheimniß müsse bestehen, und dann müßten auch Bestimmungen über das Verfahren bei Verletzungen von Amtsgeheimnissen bestehen. Die Fälle, wo man aus reiner Neugierde den Redakteur vernommen hat, seien allerdings nicht zu billigen. Es wäre zweckmäßiger gewesen, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, anstatt Gesetzmacherei zu treiben, und er stelle hiernächst den Antrag.

Abg. Dr. Gneist: Es handle sich nicht um ein Privilegium der Straflosigkeit, es handle sich um eine Ausnahme aus dringenden Gründen. Die Strafprozeßordnung kenne eine ganze Reihe von solchen Ausnahmen. Der Grund sei die Anonymität der Presse. Die gemeine Meinung hat sich für die Achtung der Vertrauensstellung zwischen dem Redakteur und seinem Korrespondenten entschieden. Die Nichtachtung dieses Verhältnisses würde die Zeitungen schlechter machen. Man habe Abneigung gegen Ausnahmestellungen; die hier geforderten aber stehen in der Reihe anderer Ausnahmen. Was die Behinderung der strafrechtlichen Verfolgung betreffe, so würde diese nur selten in Folge des beantragten Gesetzes eintreten. Er halte die Erwägungsgründe des Berichts für sehr richtig erwogen und den Antrag desselben allein für annehmbar. — Abg. Dr. Becker (Dortmund): Recht müsse zu allen Zeiten Recht bleiben, ohne allen Unterschied der Zeit. Man verlange kein Privilegium der Presse, sondern Schutz der Presse gegen Privilegien der Bürokratie. Unzuträglichkeiten wären möglich, würden aber nicht so schlimm sein, als bei der jetzigen Lage. Die einzige Hülfe wären Schwurgerichte für alle Fälle; da diese Schwurgerichte aber nicht bestehen, möge man in Folge der zur Sprache gekommenen Fälle in erster Linie das Oppermann'sche Amendement, in zweiter Linie den Kommissionsantrag mit seinem (des Redners) Zusatz annehmen. — Weitere Redner haben sich nicht gemeldet; die Diskussion ist geschlossen. — Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Reichensperger (Gelsen), John (Kabin) und Dr. Faucher, nimmt das Wort der Referent Dr. Waldeck, um im Namen der Justizkommission die von den Abgeordneten für Gelsen und für Stargard gemachten Vorwürfe zurückzuweisen. Man wolle eben die bedauerlichen Konflikte, die jetzt so oft vorkommen, beseitigen. Das Obertribunal hat nicht die Macht, zu befehlen, daß Jemand einem Gesetze gehorche; es hat nur die Macht, durch Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel Jemandem zum Gehorchen zu bringen; das ist ein Unterschied. Wer sein Ehrenwort gegeben, eine Mittheilung nicht zu machen, wird es halten müssen, und die Nachtheile, die ihm daraus entstehen, tragen. Wer aufgefaßt hat, was die öffentliche Presse bedeutet, wird die Stellung des verantwortlichen Redakteurs begreifen; er ist verantwortlich für das, was in dem Blatte steht, er giebt die hinfällige Garantie. Die Ausführungen der Herren Reichensperger und Blagmann sind reine Phantasmagorien, auf die man nicht eingehen kann. Grade jetzt muß das Haus seinen Anspruch thun, wo sich die Verfolgung der Presse wieder so sehr kumbiegt. Die Presse ist ein nothwendiges Institut, sie ist die Lebensader der Freiheit, und wer sie zerschneiden will, darf sich nicht auf die Worte der Verfassung berufen. Die Freiheit der Presse reicht über Preußen hinaus. Die gegen die Klarheit des Gesetzentwurfes geäußerten Bedenken der Unklarheit seien nicht gerechtfertigt. Das Amendement des Abg. Oppermann ist nur eine Fassungänderung und sei nicht zurückzuweisen.

Nach einer persönlichen Bemerkung der Abg. Reichensperger (Gelsen) und Waldeck und einer längeren Diskussion über die Fragestellung und die Reihenfolge der Abstimmung, an der sich die Abg. Kene (Salzwedel), Hobden, Immermann, Waldeck und Plüderer betheiligen, wird bei der Abstimmung der Antrag des Abg. Vinde die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, abgelehnt, ebenso der Gesetzentwurf des Abg. Kene (Salzwedel); das Amendement Oppermann in seinen beiden Theilen angenommen, womit das Amendement Becker erledigt ist. Der Kommissionsantrag durch das Amendement Oppermann modifiziert, wird sodann ebenfalls angenommen. Ueber das Oppermann'sche Amendement, das nicht gedruckt vorliegt, wird mit dem Gesetzentwurf nochmals abgestimmt werden. — Um die Kommissionen arbeiten zu lassen, wird die nächste Sitzung Sonnabend 9 Uhr stattfinden. Tagesordnung: Budgetbericht, Fiskelien, Aufhebung der Revision des Grundsteuerkatasters und Petitionsberichte. — Schluß der heutigen Sitzung: 3 Uhr 20 Min.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission zur Verathung des Militäretats brachte der Abg. v. Seirichmann folgenden Antrag ein: „Das Haus wolle nach erfolgter Ablehnung des Extraordinariums des Militäretats beschließen, die künftige Staatsregierung aufzufordern: 1. dem Landtage eine Vorlage zu machen, aus welcher die Summen ersichtlich sind, die erfordert werden, um a) die über die einzelnen Titel des bewilligten Etat pro 1862 bereits gemachten Ausgaben zu decken; b) die Armee in kürzester Frist aus der Kriegsbereitschaft in die der Verfassung und den bestehenden Gesetzen entsprechende Organisation zurückzuführen. 2. Im Falle die künftige Staatsregierung diese Heeresorganisation den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr für entsprechend erachtet, dem Landtage einen Gesetzentwurf über die in dieser Organisation zu treffenden Abänderungen zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorzulegen.“ Namens der Regierung wurden Erklärungen abgegeben: durch den Kriegsrath Sirtus, den Finanzrath Moelle und den Obersten v. Bole. Auf die erstere wird zurückzukommen sein, sobald ihr authentischer Wortlaut vorliegt, auf den man Seitens der Regierung einen besondern Werth gelegt hat, und der noch im Laufe der Sitzung durch Depesche den Zufuß erhielt, daß die Regierung die verfassungsmäßigen Rechte des Landes zu achten entschlossen sei. Die Erklärung des Geheimen Finanzrathes Moelle verbreitete sich über die Finanzlage des Staates, welche als eine überaus günstige dargestellt wurde. Ende 1861 seien 50 Millionen in den Staatskassen baar oder in fälligen Forderungen vorhanden gewesen, der Abschluß des ersten Halbjahres 1862 lasse einen Ueberschuß von 2,161,000 Thlr. über die Aufschläge erwarten und auch für 1863 sei auf eine Mehreinnahme zu hoffen. Ein Defizit sei nicht zu fürchten. Etwaige Mehreinnahmen würden in Vermehrung der Einnahmequellen ihre Deckung finden; als Steuern, welche das Land nicht drücken würden, sei eine Besteuerung der Policen, eine Brantwein- aufsatz der Maßsteuer, endlich eine Tabaksteuer ins Auge gefaßt. 1864 komme die Grundsteuer zu Hülfe. Als dem Regierungskommissar gegen diese Schilderung die entgegengelegten Ausführungen des bekannten Heydt'schen Briefes vorgebracht wurden, erklärte er, derselbe könne, da er durch Veruntreuung zur Öffentlichkeit gekommen, nicht Gegenstand der Diskussion sein, und fügte dann, als dagegen remonstrirt wurde, hinzu, er sei zu Erklärungen in dieser Beziehung nicht autorisirt. Die hauptsächlichsten Redner der Sitzung waren die Abg. Harfort, Hagen, Sybel, schließlich der zweite Referent, Abg. Stavenhagen, der die Lage des Landes für nicht so tragisch erachtet, der Frage des verfassungsmäßigen Rechts die der Ehre und Macht Preußens gegenüberstelle und vor Interpretationen jenes Rechtes warnte. Auf die abschließliche Anfrage des Abg. Klotz wegen einer Erläuterung der ersuchten politischen Regierungserklärung, erklärte der Ministerialkommissar, dazu nicht mit Instruktion versehen zu sein. Heute Abend wird die Verhandlung fortgesetzt.

Die Fassung, in welcher das Passages aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangen war, ist von dem Herrenhaus bekanntlich recht wesent-

lich modifiziert worden. Der Entwurf ist in Folge dessen an das zweite Haus zu nochmaliger Verathung zurückgegangen. In der Kommission für Handel und Gewerbe ist nunmehr beschlossen worden, von den acht im Herrenhaus beschlossenen Abänderungen sechs zu adoptiren und dem Abgeordnetenhaus zur Annahme zu empfehlen. Eine siebente Abänderung bezieht sich auf die von der Regierung vorgeschlagene, von den Abgeordneten verworfene, vom Herrenhaus wiederhergestellte Berechtigung der Behörde, genügende Ausweise über die Person zu fordern. Auch dieser Bestimmung schließt sich die Kommission jetzt an, empfiehlt jedoch eine Fassung, welche deutlich ausdrückt, daß die Legitimationspflicht nur von Reisenden, gleichviel ob In- oder Ausländer, zu erfüllen sei.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 7. August. [Friedrich-Wilhelms-Gymnasium.] Nach dem Ausscheiden des Dr. Heine haben die Herren Dr. Schäfer, Dr. Peter und Heidrich die fünfte, sechste und siebente ordentliche Lehrerstelle erhalten. Die in Folge der zunehmenden Frequenz erforderliche Begründung von zwei neuen Stellen steht noch im Laufe dieses Jahres zu erwarten.

[Preischrift.] Bei der diesjährigen Gedächtnisfeier des 3. August Seitens der künftl. Universität zu Berlin hat in der medizinischen Fakultät der Studierende Jidor Cohnstein aus Gnesen (ein Zögling des hiesigen Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums) für seine Preisbewerbungsschrift die goldene Medaille erhalten.

[Londoner Ausstellung.] Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht nach dem amtlichen englischen Verzeichnisse eine Liste derjenigen preussischen Aussteller, welchen am 11. Juli d. J. Auszeichnungen zuerkannt worden sind. Aus unserer Provinz befinden sich darunter folgende: Klasse III. Sektion A. Erzeugnisse des Ackerbaues: die Kgl. Administration der Bromberger Mühlen für Proben von Mühlenfabrikaten von vortrefflicher Qualität die Medaille. — Klasse III. Sekt. C. Wein, Spirit, Bier und andere Getränke und Tabak: F. Katorowicz zu Posen für Korn- und Rummeliqueur von guter Qualität ehrenvolle Erwähnung. — Klasse IV. Sekt. B. Thierische Substanzen zur Verwendung in den Gewerben: Robert Lehmann zu Nitsche für Bliese von vortrefflicher Qualität die Medaille. — Klasse IV. Sekt. C. Vegetabilische Stoffe: Robert Lehmann zu Nitsche für zugerichteten Flach ehrenvolle Erwähnung. — Klasse IX. Landwirtschaftliche und Gartenbau-Maschinen: H. Cegielski zu Posen für eine Sammlung von Ackerbau-Maschinen ehrenvolle Erwähnung. — Klasse X. Civilbau und Bauvorrichtungen: A. Krzyzanowski zu Posen für gut gearbeitete künstliche Steine ehrenvolle Erwähnung. — Klasse XXVII. Sekt. D. Schuhe und Stiefel: Stanislaus Dabrowski zu Posen für eine gute Gattung von Stiefeln ehrenvolle Erwähnung.

[Unglücksfall.] Vorgestern Abend versuchten zwei Fornals mit vierpännigen Wagen das Chausseegeld an der ersten Bebestelle auf der Chaussee nach Schwierz durch schnelles Fahren zu erparieren. Der Einnehmer Sims lief, da der erste Wagen bereits passirt, dem zweiten, auf dem sich angeblich der betreffende Wirtschaftsbeamte auch befand, nach und hielt, da der Fornal auf die Pferde eintrieb, die letzteren fest, wurde dabei umgeworfen und ging der Wagen ihm derart über den Leib, daß er mit gebrochenen Rippen liegen blieb. Der Chausseewärter hatte dies von seiner Wohnung beobachtet, bemerkt einen vorbeifahrenden Wagen, verfolgte den Fornalwagen und es gelang ihm, den Fornal in Schwierz zur Haft zu bringen. Gestern Abend erfolgte der Tod des zc. Sims, der 7 kleine Kinder hinterläßt.

Posen, 5. August. [Jubelfeier.] Man arbeitet nach der „Ostsee-Zeitung“ mit allem Eifer daran, zum künftigen Jahr eine großartige Jubelfeier der tausendjährigen Thronbesteigung der Pfandendynastie zu Stande zu bringen, von der sie einen um so größeren Effekt erwartet, als der Begründer dieser Dynastie der Sage nach dem Bauernstande angehörte. Diese Feier soll gleichzeitig mit der in Böhmen und Mähren zum f. J. vorbereiteten 1000jährigen Jubelfeier der Einführung des Christenthums stattfinden, um ihr dadurch zugleich einen slavischen Charakter zu geben. Mit Arrangirung derselben ist vom polnischen Landtagsklub in Berlin der Vorsitzende dieses Clubs, Dr. Libelt, beauftragt, der zu diesem Zwecke ein aus Gutsbesitzern und Geistlichen bestehendes Komitee ernannt hat. Nach dem Beschluß dieses Komitees soll im künftigen Frühjahr am Goplossee bei Kruschwitz, wo der Pfast, der Begründer der später so berühmten Pfandendynastie, gewohnt haben soll, nach slawischer Sitte ein Hügel aufgeschüttet und auf der Spitze desselben im Laufe des Sommers eine den Aposteln der Slaven, Cyrill und Methodius, geweihte Kapelle erbaut werden. Die im Späthommer stattfindende Einweihung dieser Kapelle soll den Hauptakt der Jubelfeier bilden. Man hofft, daß durch den Einfluß der Geistlichkeit diese Kapelle einer der berühmtesten und besuchtesten Wallfahrtsorte der Provinz werden wird. Zur Aufschüttung des Hügel ist bereits ein umfangreicher Platz am Goplossee angekauft. Die nicht unbedeutenden Kosten der Jubelfeier sollen durch freiwillige Beiträge aus allen ehemals polnischen Landestheilen aufgebracht werden, zu welchem Zweck das Komitee nächstens einen Aufruf erlassen wird. Damit diese nationale Feier den beabsichtigten Eindruck auf das Volk nicht verfehlt, hat das Festkomitee mehrere namhafte polnische Schriftsteller mit Abfassung populärer Schriften über Pfast und die Bedeutung der Jubelfeier beauftragt, deren Druckkosten aus den gesammelten Beiträgen besritten werden sollen. An der 1000jährigen Jubelfeier der Einführung des Christenthums in Böhmen und Mähren will die polnische Agitationspartei sich dadurch betheiligen, daß sie in der zum Andenken an diese Feier in Prag zu erbauenden Votivkirche auf ihre Kosten einen dem heiligen Adalbert gewidmeten Altar errichten läßt. Zu diesem Zwecke werden bereits in der Provinz Posen und in Galizien Beiträge gesammelt, die aber bis jetzt nur ein sehr geringes Resultat geliefert haben.

[Benefiz.] Freitag den 8. August findet das Benefiz des Herrn H. Temmel statt; er hat dazu die alte gute Berliner Posse: „Wenn Leute Geld haben“ von Weirauch gewählt; ein Zwischenpiel: „Die Japanesen in Posen und in der italienischen Oper“ wird das Seiner dazu beitragen, das Publikum in heiterste Laune zu versetzen. Zu der Oper ist die italienische Opernparodie aus dem „Theatralischen Unfimm“ von Moorländer, Musik von Stolz, benutzt. Unser theaterliebendes Publikum dankt dem mackern Komitee so manchen genussreichen Abend und sein Benefiz wird die Liebhaber von Zwerchfellerschütterungen voraussichtlich nicht unbefriedigt lassen. Mag ein zahlreicher Besuch Herrn Temmel den Dank für so manche heitere Stunde darbringen.

[Die Schießübungen der 5. Artilleriebrigade] haben jetzt ihr Ende erreicht. Am 30. Juli traf der Generalinspekteur der Artillerie, General der Infanterie von Hahn in Glogau ein, und nahm an demselben Tage die Spezialrevue und Parade der gesammten Brigade ab. An den nächsten Tagen wurden Schießübungen aus glatten und gezogenen 6-, 12- und 24-Pfündern vorgenommen. Am 1. August fand ein Brigademaneöver der Fuß- und reitenden Abtheilung statt, während die Festungsabtheilung eine Ricochetbatterie baute. Am Abend des 2. Augusts war ein Souper des Offizierskorps, dem General v. Hahn bewohnte, und wurde ein prachtvolles Feuerwerk abgebrannt. Am 3. d. M. reiste General v. Hahn nach Breslau (Fortsetzung in der Beilage.)

zur Inspizierung der 6. Artilleriebrigade ab. Gestern früh sind die betreffenden Batterien nach ihren Garnisonen: Posen, Thorn, Sagan, abmarschirt, und haben wir unsere Batterien Anfang der nächsten Woche zu erwarten. Die vier gezogenen 4-Pfünder, welche zu den Schießübungen von hier mitgenommen wurden, haben sich vortrefflich bewährt, und soll die reitende Abtheilung mit diesem Kaliber und mit kurzen 12-Pfündern ausgerüstet werden.

— Der Komet, dessen wir in der vorgestrigen Nummer unserer Zeitung erwähnten, ist am 22. Juli d. J. von Dr. Donati in Florenz entdeckt worden, welcher bereits vor 4 Jahren, am 2. Juni 1858, seinen Namen durch die Entdeckung des nach ihm benannten Donati'schen prachtvollen Kometen unsterblich gemacht hat. Der neu entdeckte Komet steht jetzt im Sternbilde des Kamelopard und wird am 25. d. M. der Sonne, am 31. d. M. der Erde am nächsten gekommen sein. In letzterem Tage hat er seine größte Helligkeit erreicht, welche das 19fache seiner Helligkeit bei der Entdeckung betragen wird.

W. Borek, 5. August. [Auswanderung nach Polen; Viehkrankheiten.] Vor einiger Zeit bemerkte man hier und in unserer Gegend eine sehr große Kragamkeit bei der Auswanderung diesseitiger Arbeiter nach dem Königreiche Polen. Fast täglich sah man hochbeladene Wagen unsere Stadt passieren, ja sogar aus hiesigen Orte abgehen. Die Anpreisungen mit welchen verschiedene polnische Händler und Werber in Bezug der großen Löhne des Arbeiterstandes im Königreiche auftraten, verfehlten ihre Wirkung nicht und Alles aus diesem Stande, suchte mit Weib und Kind dorthin zu eilen. Leider aber erfährt man jetzt, daß es nur Vorspiegelungen und Verlockungen waren. Die Lage der bereits nach Polen ausgewanderten Arbeiter ist nicht so erfreulich, als man sie glauben machte, und bereits ist jetzt jede Lust zur Auswanderung geschwunden. Noch unlängst sollten aus hiesiger Gegend einige Arbeiterfamilien dorthin überiedeln; als sie aber noch zeitig genug von den Verhältnissen ihrer Vorläufer Kenntniß erhielten, gaben sie ihren Entschluß auf, obgleich sie mit einem Gütsbesitzer aus Polen ein Abkommen bereits getroffen hatten. — Allgemein hört man jetzt von Krankheiten und Sterbefällen unter dem Rindvieh in hiesiger Gegend. Auf den Dominien E. und N. grassirt die Maul- und die damit gewöhnlich verbundene Klauenfäule, deren Ursache, Sachverständige einem Wehlthau, sumptiger Weide oder Wassermangel zuschreiben. Die Symptome dieser Krankheit äußern sich namentlich durch abwechselnden Frost und Hitze, das Vieh wird traurig, verliert die Freßlust, das Wiederkäuen wird schwach und bei den Kühen nimmt die Milch ab, zuletzt treten Blasen und Beulen auf den Lippen resp. zwischen den Klauen ein. In G. sind dieser Tage zwei Stück Rindvieh gefallen, deren Krankheit auf Milzbrand schließen ließ. Man wartet den weiteren Verlauf ab, vorläufig ist seitens der Polizeibehörde mit Zuziehung eines Arztes die nächste Vorichtsmaßregel getroffen worden. — Auf dem Gute S. sind wiederum zwei Kühe bei der Weide auf frischen Koggenstoppeln erlegen.

L. Jaraczewo, 5. August. [Wolfsjagd; Hagel und Sturm; Preise.] Das allgemeine Gespräch bildet hier die am nächsten Sturmbeweg im Forste bei Gora-Jarocin stattfindende Wolfsjagd. Viele Leute von hier und aus der Umgegend beabsichtigen an diesem Tage, freilich zum Theil nur als müßige Zuschauer, dort zu sein. Ueberhaupt wird diese Jagd, schon wegen der großen Menschenmenge, die sich hier zusammenfinden wird, des Interesses großen bieten. — In Schrimm richtete vorgestern ein starker Hagelschlag großen Schaden an, die Hagelförner sollen mitunter mehr als 1 Zoll Durchmesser gehabt haben. Viele Scheiben wurden zertrümmert. — Als Marktpreise haben sich hier in den letzten Tagen herausgestellt für 1 Berliner Scheffel: Weizen 3 Thlr. 1 Sgr. 2 Pf., Roggen 2 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf., Gerste 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf., Hafer 1 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf., Erbsen 1 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf., Kartoffel 19 Sgr. 6 Pf., 1 Ctr. Heu 22 Sgr. 6 Pf.

† Kozmin, den 6. August. [Aufindung des Freyer.] So eben ist die Leiche des pensionirten Einnehmers Freyer in einem Brunnen gefunden worden.

II Gleichen, 6. August. [Einweihung; zur Ausstellung; Verschiedenes.] Am 3. d. Mts. wurde das hiesige evangelische Mädchen-Rettungshaus feierlich eingeweiht. Nach beendigtem Gottesdienste legte sich, unter Glockengeläute und dem Gesänge des Liedes: „Mein Gott in der Höh' sei Ehr' u. c.“, von der evangelischen Kirche aus ein langer Festzug nach der neuen Anstalt in Bewegung. Von Röglingen des Knaben-Rettungshauses wurden demselben mehrere Fahnen vorangetragen; die Weibrede hielt Pfarrer Streder. Nachdem er das Haus geweiht, die Hausmutter

und ihre vier Mädchen gesegnet, sang die zahlreich versammelte Gemeinde das Lied: „Ihr danket alle Gott u. c.“ — Von den Röglingen des Knabenrettungshauses wurden dann auf dem Turmplatze einige militärische Uebungen ausgeführt, und mehrere patriotische Lieder gesungen. Bürgermeister Hauzinger brachte ein „Doch“ auf Se. Majestät den König Wilhelm I. aus. Nachmittags wurden die Festlichkeiten durch einen allgemeinen Spaziergang nach der Kobelka-Wähe beendigt. Vom Oberpräsidenten v. Bonin war, da er der Einladung, die Einweihungsfeierlichkeit durch seine Gegenwart zu erhöhen, zu folgen abgehalten wurde, ein herzliches Gratulations Schreiben mit den besten Segenswünschen für die Zukunft eingegangen. — Die Ausstellung gewerblicher Gegenstände soll, wie jetzt definitiv beschlossen ist, am 19. t. Mts. eröffnet werden. Die Eröffnungsfeierlichkeiten sollen drei Tage dauern und während dieser Zeit sechs Male stattfinden. Mit der Ausstellung wird ein Schützen-, Gesangs- und Turnfest verbunden. Der Gesangs- und Turnverein haben Puzierungen von Damen der Stadt, Fahnen als Geschenk überreicht zu erhalten. Zur Prämiation der Aussteller werden silberne und bronzene Medaillen geslagen. In das Festkomitee wurden vom Magistrat gewählt: Landrath Gregorovich, Kreisgerichtsdirektor Schirach, Kreisrichter Hansluther, die Justizräthe Kückenburg und Le Bjeur, Dr. Vjner, Rektor Reiche, Kantor Sommer und Kaufmann S. Karminski. Bis jetzt sind schon über 300 Ausstellungsgegenstände beim Magistrat angemeldet, so daß es sehr große Schwierigkeiten haben wird, die nöthigen Räumlichkeiten für die Ausstellung zu gewinnen. — In der letzten Versammlung des Gewerbevereins sprach Soenderop über Hypothekendarlehen und Darlehensleistungen. — Gegenwärtig erhalten die Lehrer durch die Distriktsämter den „Leitfaden für den Unterricht in den preussischen Volksschulen“ zugesandt. Der Vertrag von 5 Sgr. muß von den Schulleitern gezahlt werden.

r Wollstein, 5. August. [Pastoralkonferenz; ein eingebrachter Verbrecher; zur Ernte.] Heute fand hier unter Theilnahme der Pastoren und der Kreisgerichts-Kandidaten der hiesigen Superintendentur eine Pastoralkonferenz statt. Vor Beginn derselben war früh 8 Uhr in der evangelischen Kirche Gottesdienst, wobei der Superintendent Verlach die Liturgie und der Prediger Birholz aus Zablonne die Predigt über 2. Korinther 4, 1—6 hielt. Nach Beendigung des Gottesdienstes um 10 Uhr begann die Konferenz in der Behausung des Superintendents. — Am vergangenen Sonntag ist der Mann, welcher den Dorfsteher Franz Klich aus Gora bei Birnbaum bei einem Wortwechsel mit einem Dorfpaten einen Hieb über den Kopf verfeigte, in Folge dessen der Klich nach einigen Tagen im hiesigen Krankenhaus seinen Geist aufgegeben, in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. Es ist dies ebenfalls ein Dorfsteher aus Gora. — Als Beweis für die Ergebenheit der diesjährigen Koggenerte kam der Lumlund gelten, daß die größeren Dominien in hiesiger Nähe aus Mangel an Platz genöthigt sind überall Koggenfelder anzufrüchten.

S. Schubin, 5. August. [Militärische Uebungen; städtische Angelegenheiten.] Der Einformigkeit in dem Leben unseres Ortes steht eine Abwechslung bevor. Bekanntlich ist von der Abhaltung größerer Manövern in diesem Jahre Abstand genommen und sind nur Feldübungen in kleineren Truppentheilen angeordnet. Nachdem die Bodenbeschaffenheit im Schubin einer Besichtigung zu verschiedenen Zeiten unternommen worden, werden in den nächsten Tagen in der Richtung von Bromberg auf Schubin Feldübungen einer gemischten Brigade, bestehend aus einem Regimente Infanterie, einem Regimente Kavallerie und einigen Geschützen stattfinden. Zu dem Zwecke wird der Durchmarsch des in Gießen stationirten ersten Bataillons 4. pommerischen Infanterie-Regiments Nr. 21 nach Bromberg hier erwartet. Die Quartierbesteller sind bereits heute eingetroffen, das Bataillon trifft morgen ein und setzt am darauf folgenden Tage seinen Marsch nach Bromberg fort. Mit dem Anfange kommenden Woche beginnen die Feldübungen; dieselben werden sich durch 5 Tage erstrecken und sich bis in die Nähe der hiesigen Stadt heranziehen. Es sind für diese Zeit zahlreiche Einquartierungen in Aussicht gestellt und einzelnen Häusern ohne Landbesitz bis 10 Mann überlassen. — Die Verhandlungen des Magistrats und der Stadtverordneten hier selbst wollen aus dem Dunkel, in welchem dieselben bisher immer gehalten worden, nicht heraustreten. Ein städtisches öffentliches Lokal zur Abhaltung der Sitzungen hat die Stadt nicht; es werden daher die Sitzungen des Magistrats in dem im eigenen Hause des Ortsbürgermeisters in einer Giebelstube befindlichen Bureauzimmer, die Sitzungen der Stadtverordneten in einem kleinen, etwa 5 Schritt breiten und 7 Schritt langen Gastzimmer des Kaufmanns Moritz Alexander hier abge-

halten. Wann diese Sitzungen stattfinden, da ein für alle Male bestimmte Tage dazu nicht angeordnet sind, und was die Sitzungen zum Gegenstande haben, erfährt außer den Stadtverordneten, welche mittels schriftlicher Kurrende eingeladen werden, kein Mensch; und sind die mehrfachen Wünsche der Stadteingewohnten um vorherige Bekanntmachung des Tages und des Gegenstandes der Sitzung im hier allwöchentlich erscheinenden Kreisblatt bisher erfolglos geblieben. Die Herren Vertreter der Stadt kennen in dieser Beziehung die Eingewohnten und wissen, daß die vorzüglichsten Eigenschaften der letzteren Langmuth und ein fast an Gleichgültigkeit gegen die städtischen Interessen grenzendes Vertrauen zu ihren Vertretern sind. — Bezüglich der Abgaben hat meines Wissens Niemand Veranlassung zur Klage, daß ihm nicht die Ehre einer vollständigen Würdigung zu Theil werde. Die Abgaben schreiten auch hier wie im Staatshaushaltsetat progressiv weiter. Der Kammereibetrag beläuft sich in diesem Jahre nur auf einhundert Prozent der Klassensteuer oder Einkommensteuer. Dieser Betrag muß die Bedürfnisse nicht vollständig decken, denn seit dem 1. Juli d. J. sind wir nämlich mit der Hundsteuer bedacht worden und ist der Jahresbeitrag pro Hund auf 1 Thlr. festgesetzt.

Redaktions-Korrespondenz.

Dem Herrn Bürgermeister Glemann in Jarocin bescheinigen wir auf seinen Wunsch, daß er nicht der Verfasser des Artikels 7 Jarocznu vom 20. Juli in Nr. 167 der Posener Zeitung ist. Die Redaktion.

Telegramm.

Beim Schluß der Zeitung geht uns folgendes Telegramm zu:
Kassel, Donnerstag 7. August. Das Entlassungs-Reskript Stierbergs ist dem Vernehmen nach wieder zurückgezogen. Derselbe ist seit gestern Abend wieder amthätig.

Angekommene Fremde.

Vom 7. August.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Teisler aus Grünberg und Ephraim aus Gölzig, die Rittergutsbesitzer Graf Plater aus Petersburg und Mataschew aus Wladiwostok, Frau Direktor Diabell aus Birnbaum und Frau Gutsbesitzer Gräfin Wenecka aus Straßburg.
SCHWARZER ADLER. Fräulein Schilling aus Wilkow, Gutsbesitzersohn v. Taczanowski aus Golezewo, Partikulier v. Radojewski aus Frankfurt, Übersetzer Junf aus Kogasen, die Rittergutsbesitzer Lehring aus Sokołnik, v. Modliowski aus Alt-Gubie und v. Urbanowski aus Turostowo, die Probste Chodkiewicz aus Groß-Lefa und Wagner aus Stetitz.
STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Graf Grabowski aus Radomitz und v. Haugwitz aus Kirchheim, Konsistorialrath Freund aus Brandenburg, Kreisgerichtsrath Gerber aus Liebenwalde, Partikulier v. Gauderer aus Verleberg, Rentier Vaur aus Frankfurt a. M., Oberlehrer Andrieu aus Friedrichsdorf und Kaufmann Seligman aus Berlin.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Frau Apotheker Preuß aus Zirke, Glasfabrikbesitzer Strohloch aus Waize, die Kaufleute Haberland, Pome, Nathan, Wokner, Aronhold, Pauli, Guthmann und Kirstein aus Berlin, Heidsch aus Wilschdorf, Schulz aus Chodziez, Petersen aus Hilden, Dorn aus Striegau, Staus aus Offenbach und Evers aus Köln.
HOTEL DE BERLIN. Erziehlerin Frau Morfe aus Macewo, königl. Oberförster Stahr aus Casselle, Steuerkontrollant Kowce aus Kogasen, Prem. Lieutenant Kretschmer aus Schrimm, die Kaufleute Silberstein aus Santomysl, Ulrich und Paul aus Breslau.
KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Gutmann aus Ostrowo, Menke und Smojewski aus Neustadt a. W., Planter jun. aus Janowice, Kantorowicz aus Kions, Jerez aus Kogasen, Wader aus Gollancz, Kaphan nebst Frau aus Wladiwostok, Nathan aus Wogrowice, Moses und Krakowiat aus Gryn, Frau Kaufmann Woi aus Ostrowo, Gastwirth Marwanowski aus Stetitz und verm. Frau Bornwerfbesitzerin Planter aus Plantersthal.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Uebertretungen der Postgesetze kommen er-fahrungsmäßig hauptsächlich bei solchen Sendungen vor, welche unter Band (Streif- oder Kreuzband) zur Beförderung mit der Post eingeliefert werden. Zum Zweck möglicher Abwendung der Uebertretungen wird, unter Bezugnahme auf §. 15 des Reglements vom 21. Dezember 1860, auf die einschlagenden Vorschriften aufmerksam gemacht.

Gegen die ermäßigte Lage von 4 Pf. bis zu 1 Loth exkl. u. f. w. nach Maßgabe des Gewichts können innerhalb des preussischen Postgebietes und des deutschen Postvereins-Gebietes unter Band frankirt werden: alle gedruckte, lithographirte, metallographirte, oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte, zur Beförderung mit der Briefpost geeignete Gegenstände, mit Ausnahme der gebundenen Bücher und der mittelst der Kopirmaschine oder mittelst Durchdrucks hergestellten Schriftstücke.

Die Adresse muß auf dem Streif- oder Kreuzband und darf nicht auf der Sendung selbst angebracht sein.

Die Versendung unter Band gegen die ermäßigte Lage ist im Allgemeinen unzulässig, wenn die Gegenstände nach ihrer Fertigung durch Druck u. f. w. außer der Adresse irgend welche Zusätze oder Aenderungen am Inhalte erhalten haben. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Zusätze oder Aenderungen geschrieben oder auf andere Weise bewirkt sind, z. B. durch Stempel, durch Druck, durch Ueberleben von Worten, Ziffern oder Zeichen, durch Puncturen, Unterstreichen, Durchstreichen, Ausradiren, Durchschneiden, Ab- oder Auserschneiden einzelner Worte, Ziffern oder Zeichen u. f. w.

Es kann jedoch den Preiskouranten, Zirkularen und Empfehlungsscheinen noch eine innere, mit der äußeren übereinstimmende Adresse, so wie Ort, Datum und Namensunterschrift hinzugefügt werden; ferner dürfen Zirkulare von Handlungshäusern mit der handschriftlichen Unterzeichnung der Firma von mehreren Theilnehmern der Handlung versehen sein. Den Korrekturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche die Korrektur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt werden. Das Manuscript darf dagegen den Korrekturbogen nicht beigefügt werden. Modebilder, Landkarten u. f. w. dürfen kolorirt sein; die Bilder und Karten dürfen aber nicht in Handzeichnungen bestehen, sondern müssen durch Holzschnitt, Lithographie, Stahlstich, Kupferstich u. f. w. hergestellt sein.

Auf der innern oder äußern Seite des Ban-

des dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter Einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adressumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verbotener Zusätze unter Streifband nicht versandt werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 2. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Thalern bestraft.

Posen, den 3. April 1862.

Der Ober-Postdirektor Buttendorf.

Bekanntmachung.

Vom 15. August a. h. wird das Personen-geld bei den Personeposten, welche durch Konduktoren begleitet werden, von 7 Silbergrößen auf 6 Sgr. pro Person und Meile ermäßigt, wovon das Publikum hiermit in Kennt-nis gesetzt wird.

Posen, den 5. August 1862.

Der Ober-Postdirektor Buttendorf.

Bekanntmachung.

Die nachgenannten Bäder liefern das Roggenbrod und die Semmel im Monat August c. zu dem angegebenen schwebigen Gewicht.

1) Roggenbrod à 5 Sgr.
Joseph Kuchlewski, Halldorffstr. 16, 5 Pf. —
Banc. Elaboszewski, Schodba 67, 5 —
Ignaz Mruczkowski, Graben 26, 4 — 15 —

2) Semmel à 1 Sgr.
Sena Rosenberg, Wronkstr. 18, 16 Pf. —
Joseph Kuchlewski, Halldorffstr. 16, 15 —
Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen angehängten Bachwaarentagen Bezug genommen.

Posen, den 5. August 1862.

Königlicher Polizeipräsident.

J. v. Elmer.

Bekanntmachung.

Der Preis des Gases ist von 3 Thlr. auf 2 Thlr. 20 Sgr. pro 1000 Kubikfuß vom 1. Juli c. ab ermäßigt. Erweiterungen und Neu-anlagen von Gasrohrleitungen bitten wir recht bald anzumelden.

Posen, den 1. August 1862.

Die Direktion der Gasanstalt.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Kempen,

Erste Abtheilung.

Kempen, den 29. Juli 1862, Vormittags 9/10 Uhr.

Ueber das Vermögen des Gasthofsbesizers Adolph Kuchel zu Kempen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Apotheker Wolf hier selbst bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 11 August 1862

Vormittags 10 Uhr

vor dem Kommissar, Herrn Kreisrichter Göllner, im Instruktionszimmer anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Verwahrung haben, oder welche ihm etwas verschuldet, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 18. August c. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, eben dahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtsfähig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

30. August c. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnachst zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf den 19. September c.

Vormittags 9 Uhr

vor dem Kommissar, Herrn Kreisrichter Göllner, im Instruktionszimmer zu erscheinen. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einem am hiesi-

gen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekannt-schaft fehlt, werden die Rechtsanwalte Hecht, Bruck, Salomon und Graner zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Kempen, den 29. Juli 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 86 Apotheker Gustav Adolph Daniel Janusch zu Wilkow als Inhaber der Firma G. Janusch

dafelbst, zufolge Verfügung vom 31. d. Mts. an demselben Tage eingetragen.

Gnesen, den 31. Juli 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Proclama.

Die von der hiesigen königlichen Bankom-mandite am 3. März d. J. auf das königlich preussische Haupt-Bankdirektorium gegogene, an die Orde von Deug & Geldermann gestellte Anweisung von 200 Thlr. Nr. 61 in-dossirt an C. Wintgens. Seder in Aachen ist angeblich verloren gegangen.

Die unbekannten Inhaber dieses Papiers werden hierdurch aufgefordert: dasselbe uns spätestens im Termine

den 9. September 1862

Vormittags 11 Uhr vorzulegen, widrigenfalls es für kraftlos erklärt werden wird.

Bromberg, am 27. Mai 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Nach einem der unterzeichneten Berginspek-tion zugegangenen Berichte werden im Regie-rungsbezirk Posen noch vielfach englische, doppelt gefachte Kugeln zur Schmic-defuierung verwendet. Die Berginspektion sieht sich deshalb veranlaßt, darauf aufmerk-sam zu machen, daß sie (außer Stück-, Würf-el- und Kleintoblen) ebenfalls doppelt ge-fachte Kugeln, welche sehr rein sind und an Qualität den englischen mindestens gleich kommen, zu den bedeutend mäßigeren Preisen von 4 Sgr. pro Tonne loco Wagon Königs-grube, am Bahnhof Königsgrube, oder von 23 Sgr. 10 Pf. loco Bahnhof Posen lie-fert. Die Kohlen können von der Berginspek-

tion direkt ohne Vermittelung eines Speditours bezogen werden.

Königsgrube D. S., den 4. August 1862.

Königliche Berginspektion.

Kunst-Auction.

Durch jede Kunst- und Buchhandlung ist zu beziehen:

Catalog der von dem verstorbenen Herrn Domprobst und Generalvikar

Vincent Kilinski in Posen hinterlassenen reichen

Kupferstichsammlung

n vorzüglich gewählten meist geistlichen Darstellungen der würdigsten Meister, welche nebst einer Sammlung von

Handzeichnungen

aus demselben Nachlasse Montag den 25. August 1862 und folg. Tage

zu Leipzig

im Auktionslokale des Unterzeichneten öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 24. Juli 1862.

Rudolph Weigel.

Bekanntmachung.

Die Herrschaft Gajsk im Königreich Polen, fünf Meilen von Plock entfernt, mit einem Areal von 137 Hufen und 22 Hufen Wald soll aus freier Hand verkauft werden. Der Kaufpreis wird auf 10,000 poln. Gulden oder 1666 Thlr. 20 Sgr. pr. Kurant pro Wro-gen festgesetzt.

Die Herrschaft hat 14,000 poln. Gulden oder 2333 Thlr. 10 Sgr. jährlich baare Gefälle und es gehören zu derselben außer Gajsk die Vorwerke Agnieszko, Lach und andere Dörfer, von denen Schaarwerf geleistet wird. Der zu der Herrschaft gehörige Grund und Boden ist durchgängig gut und besteht größtentheils aus Weizenboden, und es gehören dazu eine Brennerei, Brauerei, Wassermühle, Windmühle, Ziegelei und ein ausgebreiteter Torf-sich. Die nähere Beschreibung der einzelnen Besitzungen und die Verkaufsbedingungen können bei dem Maurermeister Boelter in Mogilno, Regierungsbezirk Bromberg, eingesehen werden, an den sich Kauflustige wenden wollen.

Leopold Boelter.

Preussische Lotterie-Loose versendet billigt

Entor, Lindenstr. 54 in Berlin.

Seine deutsche Herrschaft in der Provinz **Posen** sucht bei gutem Gehalt zum 1. October d. 3. eine tüchtige, zuverlässige und vertragliche Schloß-Wirthschafterin, die perfekt zu kochen verstehen muß, da sie die Küche zu besorgen hat.
Melddungen, nebst Beifügung der Zeugnisse nimmt der Rentmeister **Sydow** in **Dobryca** entgegen.

Luchrock, halbseidene, schwarze, weißpunktierte Weste, dunkelgraue Hose, weißer Panama-Hut. Er trug bei sich eine goldene Cylinderruhr mit goldener Kette, einen goldenen Siegelring mit gelbem, schadhaftem Stein mit Wappen, einen goldenen Ring, gefestigt und mit ovaler Platte, einen Haarring, oben auseinander zu klappen.

Lehrer **Heinze**, St. Martin Nr. 15.

=	Reichentische	100
=	Provinzial-Banklasten	98
=	5% Prov.-Obligat.	—
=	5 = Kreis-Obligationen	—
=	5 = Obra-Mel.-Oblig.	—
=	4½ = Kreis-Obligationen	—
=	4 = Stadt-Oblig. 1. Em.	—
Preuß.	3½% Staats-Schuldch.	90½
=	4 = Staats-Anleihe	99½
=	4½ = Fremw. Anleihe	—

14½ St. b., 2½ Aug. 1917, 1½ St. b., 1½ Sept.
 Okt. 1917, 14½ Rt. b., u. Od., 14½ St.
 St.-Nov. 1917 Rt. b., u. Br., 14½ Od., Nov.
 Deč., 1917, Mai 14½ Rt. b., u. Br., 14½ Od.

Spiritus loko ohne Faß 1917, u. 1918 Rt.
 Aug. 1918 u. 1918 Rt. b., u. Br., 19½ Od., Aug.
 Sept. od., Sept.-Okt. 1918 u. 1918 Rt. b., u. Br.,
 19½ G., Okt.-Nov. 18½ u. 18½ Rt. b., Br. u.
 G., Nov. Deč. 17½ u. 17½ Rt. b., Mai 18½
 u. 18½ St. b.

Telegraphischer Börsenbericht.
Hamburg, 6. Juni. Weizen loco stille, abwärts flau. Roggen loco flau, ab Königsberg August nur eine Partie zu 33 angetragen. Del October 28½, Mai 28½. Raffee sehr fest, 3000 Sack umgelegt. Rind stille.

Gold, Silber und Papiergeld.		
Friedrichsd' or	—	113½ bz
Gold - Kronen	—	9. 6½ G
Louisd' or	—	103½ bz
Sovereigns	—	6. 23½ B
Napoléonsd' or	—	5. 11 bz u G
Gold pr. 3. Pfd. f.	—	Imp. 461½ G
Dollars	—	1. 11½ bz u G
Silb. pr. 3. Pfd. f.	—	29. 23 G
R. Sächf. Kass. A.	—	99½ bz
Fremde Noten	—	99½ G
do. (einf. in Leipz.)	—	99½ bz
Deutr. Banknoten	—	79½ B
Poln. Bankbills	—	87½ bz
Russische do.	—	87½ bz
Industrie-Aktien.		
Deff. Kont. Gas-A. 5	122	bz
Berl. Eisenb. Fab. 5	93½	etw bz
Förder Hüttens A. 5	92	bz
Minerva, Brwg. A. 5	33	G
Neustädt. Hüttens. 4	55	bz u G
Concordia 4	110	B
Magdeb. Feuerverf. 4	490	G
Wechsel - Kurse vom 5. August.		
Amstfr. 250 fl. 10½	4	143½ bz
do. 2 M. 4	4	142½ bz
Hamb. 300 M. 8½	4	151½ bz
do. do. 2 M. 4	4	150½ bz
London 1 Ltr 3 M. 3	6. 22½	bz
Paris 300 fr. 2 M. 3½	80½	G
Wien 150 fl. 8 L. 2	79½	bz
do. do. 2 M. 5	78½	bz
Alugeb. 100 fl. 2 M. 3	56. 26	bz
Frankf. 100 fl. 2 M. 2½	56. 28	bz
Leipzig 100 Ltr. 8½	4	99½ G
do. do. 2 M. 4	4	99½ bz
Petersb. 100 R. 3 M. 5	97½	bz
do. do. 3 M. 4	96½	tz
Brem. 100 Ltr. 8 M. 2½	109½	bz
Warschau 90 R. 8½	5	87½ G

Frankfurt a. M., Mittwoch 6. August, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Börse anfänglich für öftrel-
 chischen Effekten günstiger, schloß matter. Wollbezahle neue Russen 903-9 3/4.
 Salzkurfe. Staats-Prämien-Anleihe 12 1/2. Preuß. Kassenheine 104 1/2. Ludwigshafen-Verbach 137 1/2. Ber-
 liner Wechsel 105 1/2. Hamburger Wechsel 83 1/2. Londoner Wechsel 118 1/2. Pariser Wechsel 93 1/2. Wiener Wechsel 93 1/2.
 Darmstädter Bankaktien 220. Darmstädter Zettelbank 249. Meiningen Kreditaktien 93 1/2. Luxemburger Kreditbank
 99 1/2. 3/4. Spanier 48 1/2. 1/2. Spanier 44 1/2. Span. Kreditbank Pereira 508. Span. Kreditbank von Rothchild 500.
 Kurischeische Loose 57. Badische Loose 55 1/2. 5/8. Metalliques 54 1/2. 4 1/2. Metalliques 48 1/2. 1854r Loose 70 1/2. Deu-

Hamburg, Mittwoch 6. August, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse sehr geschäftlos.
Schlußkurse. National-Anleihe 65. Oest. Kredittaktien 84. 3% Spanier 45½. 1% Spanier 42½. Meri-
kaner 26½. Vereinsbank 101½. Norddeutsche Bank 98½. Rheinische 95½. Märkisch-Vergische —. Nordbahn 64½.
Diskonto —.